



150. Sitzung

Wiesbaden, den 10. Dezember 2013

- Amtliche Mitteilungen** 10679
Entgegengenommen 10679
Vizepräsident Frank Lortz 10679
Präsident Norbert Kartmann 10698
- 10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Hessisches Gesetz zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern**
– Drucks. 18/7246 – 10679
Von der Tagesordnung abgesetzt 10679
- 11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG)**
– Drucks. 18/7789 zu Drucks. 18/7738 – 10679
In zweiter Lesung abgelehnt 10683
- 14. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes**
– Drucks. 18/7790 zu Drucks. 18/7753 – 10679
In zweiter Lesung angenommen:
Gesetz beschlossen 10683
Claudia Ravensburg 10679, 10681
Marjana Schott 10680
Monne Lentz 10681
René Rock 10681
Lisa Gnadt 10682
Minister Stefan Grüttner 10683
- 12. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Landesblindengesetzes**
– Drucks. 18/7787 zu Drucks. 18/7744 – 10683
In zweiter Lesung angenommen:
Gesetz beschlossen 10684
Ismail Tipi 10683
- 13. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch**
– Drucks. 18/7788 zu Drucks. 18/7752 – 10684
In zweiter Lesung angenommen:
Gesetz beschlossen 10686
Monne Lentz 10684
Alfons Gerling 10684
Dr. Thomas Spies 10685
Marcus Bocklet 10685
René Rock 10685
Minister Stefan Grüttner 10686
- 15. Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 61. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2011**
– Drucks. 18/7658 – 10686
Zur Kenntnis genommen 10686

17. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Behandlung von Petitionen bis zum Ende der Wahlperiode
– Drucks. 18/7759 – 10686
Angenommen 10686
22. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Familiennachzug syrischer Flüchtlinge
– Drucks. 18/7792 zu Drucks. 18/7785 – 10686
Beschlussempfehlung angenommen 10686
23. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Entlastung der Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011
– Drucks. 18/7794 zu Drucks. 18/7650 zu Drucks. 18/7104 – 10686
Beschlussempfehlung angenommen 10687
Frank-Peter Kaufmann 10687
24. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012; hier: nachträgliche Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen, außerplanmäßigen Ausgaben sowie der Vorgriffe im Haushaltsjahr 2012
– Drucks. 18/7795 zu Drucks. 18/7762 – 10687
Beschlussempfehlung angenommen 10688
Manfred Pentz 10687
25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehrrecht zu G 9 auch für 5. und 6. Klassen
– Drucks. 18/7796 – 10688
Abgelehnt 10693
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucks. 18/7799 – 10688
Abgelehnt 10693
Heike Habermann 10688
Barbara Cárdenas 10688
Günter Schork 10689
Mathias Wagner (Taunus) 10690
Mario Döweling 10690
Ministerin Nicola Beer 10692
Günter Rudolph 10693
Abstimmungsliste 10701
26. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine Fortsetzung der „Operation düstere Zukunft“
– Drucks. 18/7797 – 10693
Abgelehnt 10698
Janine Wissler 10693
Günter Rudolph 10694
Peter Beuth 10695
Marcus Bocklet 10696
René Rock 10697
Minister Dr. Thomas Schäfer 10697
19. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen
– Drucks. 18/7773 – 10698
Beschlussempfehlungen angenommen 10698

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsident Frank Lortz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund
Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Nicola Beer
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Steffen Saebisch

Abwesende Abgeordnete:

Angela Dorn
Nancy Faeser
Jochen Paulus

(Beginn: 13:04 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Plenarsitzung des Hessischen Landtags, begrüße Sie alle sehr herzlich und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Meine Damen und Herren, ich möchte heute des ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas, Nelson Mandela, gedenken, der am 5. Dezember in Johannesburg gestorben ist und wie kein anderer Afrika und die ganze Welt geprägt und verändert hat.

Nelson Mandela wurde am 18. Juli 1918 als Sohn eines Tembu-Häuptlings geboren. Er studierte Jura an der Universität von Fort Hare, wurde aber bereits 1940 als einer der Anführer eines Studentenstreiks relegiert. Bereits 1944 wurde Mandela Mitglied des African National Congress. Als Organisator der Widerstandskampagnen, die mit den Protesten gegen die Passgesetze am 21. März 1960 in Sharpeville einen blutigen Höhepunkt erreicht hatten, spielte er eine zentrale Rolle.

1962 ging Mandela heimlich ins Ausland, um in Großbritannien und anderen afrikanischen Staaten für finanzielle Unterstützung und die militärische Ausbildung von ANK-Kämpfern zu werben. Im Juli 1962 nach Südafrika zurückgekehrt und im August verhaftet, wurde er wegen verschiedener Protestaktionen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober 1963 stand er erneut im sogenannten Rivonia-Prozess vor Gericht, das ihm als Hauptangeklagtem unter anderem die Verantwortung für mehr als 150 Sabotageakte anlastete. Das Verfahren endete mit einem Urteilspruch über eine lebenslange Zuchthausstrafe. Mandela saß insgesamt 27 Jahre wegen seines Widerstandes gegen die Apartheid im Gefängnis.

1994 bildete er mit Frederik Willem de Klerk eine Regierung der nationalen Einheit. Mandela ist schon heute eine historische, eine bedeutende Figur der Weltgeschichte und Vorbild für uns alle. Er war der Wegbereiter des friedlichen Übergangs von der Rassentrennung hin zu einem modernen demokratischen Südafrika und hat sich durch seinen Einsatz für die Freiheit der Menschen und damit gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit sowie gegen soziale Ungerechtigkeiten weltweit hohes Ansehen erworben. Statt Rache setzte er auf Versöhnung und hat damit ein eindrucksvolles Zeugnis dafür gesetzt, dass Widerstand ohne Gewalt für nachhaltigen Frieden sorgen kann.

Meine Damen und Herren, ein Buch für Kondolenzenträgungen liegt zwischen Präsidentensalon und Kabinettzimmer bereit. Nach der Plenarsitzung werden alle Beileidsbekundungen an das Honorarkonsulat und von dort aus nach Südafrika weitergeleitet.

Der Hessische Landtag würdigt die beeindruckende Leistung von Nelson Mandela um die Menschen nicht nur in Afrika und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ich darf Sie bitten, in einer Minute des Schweigens des Verstorbenen zu gedenken.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung. Es sind noch offen die Punkte 11 bis 15, 17, 19, 22 bis 26.

Der **Tagesordnungspunkt 10**, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Hessisches Gesetz zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da keine Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss erfolgte.

Noch eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Tagesordnungspunkt 25 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/7799, zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehrrecht zu G 9 auch für 5. und 6. Klassen, Drucks. 18/7796.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 11, der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz), Drucks. 18/7789 zu Drucks. 18/7738.

Entschuldigt fehlen heute Herr Staatsminister Florian Rentsch ab 15:30 Uhr und Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn ab 15:30 Uhr. Die Kollegin Nancy Faeser ist erkrankt und ebenfalls entschuldigt.

Im Anschluss an die Plenarsitzung kommt der Kulturpolitische Ausschuss in Sitzungsraum 204 M zu einer Sitzung zusammen. – Das war das, was ich Ihnen an amtlichen Mitteilungen zu verkünden hatte. Wir könnten dann in die Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGlG) – Drucks. 18/7789 zu Drucks. 18/7738 –

– hier ist Berichterstatterin Frau Abg. Ravensburg – mit dem **Tagesordnungspunkt 14:**

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes – Drucks. 18/7790 zu Drucks. 18/7753 –

Ebenfalls ist Frau Ravensburg Berichterstatterin. Sie hat das Wort, bitte sehr.

Claudia Ravensburg, Berichterstatterin:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

(Beifall des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Ich komme jetzt zu der Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall des Abg. Ismail Tipi (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Ravensburg, vielen Dank für die Berichterstattung. – Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Das Wort erhält Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die von uns angestoßene Debatte dazu geführt hat, dass die Frauenbeauftragten in diesem Land im nächsten Jahr einen sicheren Status haben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin deshalb froh, weil ich wie viele andere feststellen musste, dass wir leider von der Erreichung des Ziels dieses Gesetzes noch weit entfernt sind. Wenn es darum geht, Frauen und Männern tatsächlich die gleichen Berufschancen zu geben, ihnen die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten zu geben und ihnen die gleichen Möglichkeiten hinsichtlich der Beförderung und der Berufsausbildung zu geben, dann muss man feststellen, dass die Frauen leider immer noch hinterherhinken. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass das ein Ende nimmt. Frauen müssen die gleichen Chancen bekommen. Deshalb brauchen wir nach wie vor ein solches Gesetz.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das heißt nicht, dass wir das Gesetz der letzten 20 Jahre 1 : 1 weiterführen können und sollten. Vielmehr müssen wir genau hinschauen und feststellen, was sich in der Zwischenzeit überlebt und überholt hat, was zu verändern ist, was zu verbessern ist und was wir den hier und heute bestehenden Gegebenheiten anpassen müssen. Deshalb bedarf es einer gründlichen Überarbeitung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die haben wir vorgenommen!)

Es hat einen solchen Vorstoß von der SPD-Fraktion gegeben. Er wurde breit diskutiert. Sicherlich hätte man daran noch weiter arbeiten müssen. Das war noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber er enthielt viele wichtige Schritte.

Ich glaube, man hätte mit dieser Vorlage sehr sinnvoll arbeiten können. Das wurde in diesem Haus von den Mitgliedern der Mehrheitsfraktionen leider nicht so gesehen. Ich glaube, dass sich das Ganze dadurch verzögert, dass wir es versäumt haben, diese Chance wahrzunehmen. Wir hätten sie aufgreifen sollen, um daraus ein Gesetz machen, mit dem man in den nächsten Jahren hätte arbeiten können. Die Gelegenheit wäre da gewesen.

Ich befürchte, dass es die Mitglieder der noch amtierenden Regierung möglicherweise ganz gerne gesehen hätten, dass wir ganz einfach das Ende dieses Jahres erreicht hätten, ohne überhaupt ein weiterhin geltendes Gesetz zu haben. Denn wenn ich mich um die Gleichstellung der Frauen bemühe, wenn ich das ernsthaft betreibe, dann komme ich nicht erst auf den letzten Drücker mit einer Initiative zur Verlängerung, weil ich festgestellt habe: Ups, da war doch noch etwas, wir müssen jetzt irgendeine Notfallregelung finden. – Das zeigt, dass die Regierung nicht verantwortungsbewusst mit dem Anliegen der Frauen umgeht.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie geht nicht verantwortungsbewusst mit den Frauen im öffentlichen Dienst um.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann und Lisa Gnadl (SPD))

Wenn wir erreichen wollen, dass Frauen in ihrem Erwerbsleben, bei ihrer Berufswahl und bei ihrem Weiterkommen in ihrem Beruf die gleichen Chancen wie Männer haben, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass wir hinsichtlich der Lebensumstände der Frauen Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, dass Frauen erfolgreich berufstätig sein können. Für viele Frauen heißt das, dass wir gute und verlässliche Kinderbetreuungseinrichtungen brauchen. Wir brauchen Tageseinrichtungen für Kinder. Das fängt bei der Kindertagesstätte an. Das setzt sich über die Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen fort. Wir müssen sicherstellen, dass Frauen erwerbstätig sein können, ohne sich darüber Sorgen zu machen, ob und wie ihre Kinder untergebracht sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann und Lisa Gnadl (SPD))

Ich sehe, dass das während dieser Legislaturperiode nicht gelungen ist. Denn wenn ich mir anschau, was wir für Rahmenbedingungen insbesondere bei den Schulkindern haben, dann wird mir himmelangst und bange. Das heißt, dass die meisten Grundschul Kinder nach wie vor nicht an einer Stelle sind, von der man weiß, dass sie dort gut betreut, bestmöglich gefördert, in ihren Neigungen unterstützt und in ihren Begabungen vorangebracht werden. Sie sind nicht in einer Ganztagschule, sondern es gibt mehr oder weniger gute Lösungen. Das reicht bis zu Notlösungen oder eben keiner Lösung hin. Es gibt privat organisierte Lösungen. Das ist eine Situation, die der Erwerbstätigkeit der Frauen nicht zuträglich ist. Auch hier wird in der Zukunft einiges passieren müssen.

Wenn ich mir allerdings anschau, was aus den Gesprächen herausgedrungen ist, die bislang für die kommende Regierung geführt wurden, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass die Situation für die Frauen sehr viel besser werden wird. Denn es soll Ganztagschulen mit weniger Lehrern geben. Die Nachmittagsbetreuung soll mehr oder weniger freiwillig sein. Das schafft dann keine Rahmenbedingungen, die für die Frauen so sind, dass sie zuversichtlich sagen können: Jawohl, ich ergreife eine Berufstätigkeit in Vollzeit, und ich verwende einen ganz großen Teil meiner Konzentration über Familie und Kinder hinaus auf meine Karriere. – Dafür brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Die fordere ich schon jetzt für die nächste Legislaturperiode ein.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schott, vielen Dank. – Das Wort erhält nun Frau Abg. Ravensburg für die CDU-Fraktion.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mitglieder der CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass wir nach wie vor ein Hessisches Gleichberechtigungsgesetz brauchen. Wir sind aber einen großen Schritt vorangekommen. 43 % der Landesbediensteten sind Frauen. Frau Schott, wir sind auch einen riesigen Schritt bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs für die Kinder unter drei Jahren vorangekommen. Wir haben die Ganztagsangebote in den hessischen Schulen und auch in den Grundschulen kontinuierlich ausgebaut.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode die Kinderbetreuung in den Grundschulen entscheidend verbessern. Wir sehen weiterhin Handlungsbedarf für mehr Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen. Deshalb war für uns immer klar, dass das Hessische Gleichberechtigungsgesetz zum Jahresende nicht auslaufen darf. Frau Schott, deshalb brauchte die Debatte von Ihnen auch nicht angestoßen zu werden.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion war nicht konsensfähig. Das hat die Anhörung gezeigt. Das wurde von Frau Schott eben auch bestätigt.

Durch die Landtagswahl und die damit verbundene Konstituierung des Landtags sind aber die Fristen für eine Novellierung des Gesetzes bis zum Ende des kommenden Jahres unserer Ansicht nach zu kurz. Deshalb treten wir dafür ein, die Geltungsdauer des Gesetzes um zwei Jahre zu verlängern. Das heißt aber nicht, dass diese Frist bis zum Letzten ausgeschöpft werden muss.

Eines ist auch klar: Wir brauchen eine Evaluierung des bestehenden Gesetzes, und wir brauchen Zeit für ein geordnetes Verfahren.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Fuhrmann, nach der Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss wurde dieser Argumentation gefolgt. Denn der Ausschuss hat einstimmig empfohlen, dass wir die Geltungsdauer des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes um zwei Jahre verlängern sollen. Die Mitglieder der CDU-Fraktion werden deshalb heute dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen und den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE ablehnen. Wir bitten die Mitglieder der anderen Fraktionen um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort erhält Frau Kollegin Lentz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Monne Lentz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns ist klar: Die Situation jetzt ist schwierig und eher unschön. In genau drei Wochen läuft das geltende Hessische Gleichbe-

rechtigungsgesetz aus. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das noch eine katastrophale Situation für die gesamte Verwaltung.

Man kann sich jetzt darüber aufregen, was alles versäumt wurde. Ich würde das auch zu gerne tun und mich beschweren. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem wir noch genau drei Wochen haben, bringt uns das faktisch keinen Schritt weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns liegen jetzt zwei Gesetzentwürfe vor. Mit der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes tun wir uns trotz allem einen größeren Gefallen, als wenn wir uns weiter über das aufregen, was alles nicht gemacht wurde. Denn bis zum Ende dieses Jahres und auch bis zum Ende der Legislaturperiode können wir überhaupt nichts mehr retten. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir jetzt die Geltungsdauer dieses Gesetzes zunächst einmal einstimmig verlängern – natürlich mit dem Wissen, dass wir es verändern, überarbeiten müssen, dass wir für die Frauenbeauftragten eine andere Grundlage schaffen müssen, die ihrer Tätigkeit besser gerecht wird. Das ist das Einzige, was wir jetzt sinnvollerweise tun können.

Andernfalls wären 20 Jahre Gleichstellungspolitik, die wir in Hessen erfolgreich – jedenfalls zu Beginn – betrieben haben, völlig vergebens gewesen. Das aber können wir auch den Frauen gegenüber nicht verantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lentz. – Das Wort hat Abg. René Rock, FDP-Fraktion, Seligenstadt.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Schon in der ersten Lesung haben wir ausführlich über dieses Thema debattiert. Darum möchte ich jetzt nicht zu sehr darin einsteigen.

Ich möchte unser Abstimmungsverhalten erklären, das niemanden überraschen wird. Wir werden den Gesetzentwurf der LINKEN ablehnen und den der Landesregierung unterstützen. Das habe ich schon in der ersten Lesung gesagt.

Auf Frau Schott möchte ich noch kurz eingehen. Liebe Frau Schott, die Verunsicherung, die vielleicht in Hessen zu spüren war, wurde maßgeblich durch Äußerungen auch von Ihnen geschürt. Denn wer bei mir oder bei der Landesregierung nachgefragt hat – oder bei den meisten Abgeordneten hier –, der erhielt die klare Botschaft, dass die Geltungsdauer dieses Gesetzes selbstverständlich verlängert werden und es keinen rechtsfreien Raum geben wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Dafür habt ihr aber lange gebraucht!)

– Es ist vielleicht allein Ihrem Engagement geschuldet, dass es hier zu Verunsicherungen gekommen ist.

Natürlich brauchen wir hier eine Weiterentwicklung. Natürlich müssen wir weiterhin an dem Gleichberechtigungsgesetz arbeiten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das hättet ihr doch schon längst machen können!)

Bei dieser Weiterentwicklung aber sollten wir zwei Dinge beachten: Wir sollten es nicht bürokratischer machen als zwingend notwendig.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Außerdem sollten wir darauf achten, dass wir die Frauenbeauftragten in keine Konfrontationsstellung hineinbringen. Das wollen die nicht. – Diese beiden Aspekte sollten wir bei der Weiterentwicklung immer im Auge behalten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Rock, das hättet ihr schon längst machen können!)

Ich möchte auch auf die Kollegin von den GRÜNEN eingehen. Ich kann mir natürlich vorstellen, dass Sie sich hier zu diesem Thema nicht mehr inhaltlich äußern – denn sonst würden Sie Gefahr laufen, an Ihren heutigen Äußerungen später gemessen zu werden, und dann würden Sie wahrscheinlich deutlich unter dieser Latte hindurchlaufen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Deswegen kann ich es schon nachvollziehen, dass die GRÜNEN hier sehr defensiv sind. Aber wir werden das bewerten können, wenn Sie Ihren Koalitionsvertrag vorlegen und die Gesetzesinitiativen, auf die alle mit großer Spannung warten, hier einbringen. Wir werden uns an dieser Debatte natürlich kritisch-konstruktiv beteiligen und kluge Vorschläge machen, wie wir das als Liberale immer getan haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rock. – Das Wort hat Frau Abg. Gnadl, SPD-Fraktion.

Lisa Gnadl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rock hat eben gesagt, die Opposition und insbesondere die Linkspartei habe die Angst bei den Frauenbeauftragten geschürt, was denn nun mit dem HGIG in Hessen wird. Herr Rock, daran sieht man, wie weit weg Sie von den Betroffenen sind. Mich haben Anrufe von Frauenbeauftragten erreicht, insbesondere von kommunalen Frauenbeauftragten, denen deutlich signalisiert worden ist, dass Ende dieses Jahres ihre Beschäftigung auslaufen wird.

Bei dieser Hängepartie, wie sie hier aufgeführt wurde, muss man klar und deutlich zur Kenntnis nehmen, dass diejenigen, die als Frauenbeauftragte arbeiten, selbstverständlich Angst darum haben, was aus ihrer Arbeit wird und was mit der Gleichberechtigungspolitik in Hessen geschieht. Für diese Hängepartie sind CDU und FDP verantwortlich. Dazu müssen Sie auch stehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Ravensburg hat gesagt, wir haben einen so guten Frauenanteil von 43 % in der öffentlichen Verwaltung. – Ja, selbstverständlich. Natürlich ist die öffentliche Verwaltung ein großer Arbeitgeber, insbesondere auch für Frauen. Aber schauen Sie sich doch einmal an, auf welchen Stellen

die Frauen sitzen und wo sie nicht sitzen – insbesondere bei dieser Landesregierung und in der obersten Landesverwaltung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Selbst im zweiten Bundesgleichstellungsbericht wurde deutlich, dass Hessen, zusammen mit Thüringen, absolutes Schlusslicht ist. Wir haben nur 9 %, aber der Bundesdurchschnitt liegt bei 20 %. Schauen Sie da doch nicht einfach weg. Sehen Sie sich die Zahlen an, und handeln Sie endlich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese erneute Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes zeigt das Desinteresse, insbesondere das Desinteresse einer CDU-geführten Landesregierung, an einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik in Hessen. Es ist und bleibt ein Armutszeugnis für dieses Land, dass wir es nicht vermocht haben, seit der letzten Verlängerung im Jahr 2011 ein novelliertes Gesetz vorzulegen. Das bleibt ein Armutszeugnis dieser CDU-geführten Landesregierung und insbesondere des CDU-Sozialministers in Hessen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Begründungen dafür, warum jetzt, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode, diese Verlängerung eingebracht wurde, mussten wir uns bei der ersten Lesung anhören. Ich kann keine Gründe dafür erkennen, warum es nicht möglich gewesen ist, einen novellierten Gesetzentwurf vorzulegen. Die Normadressaten wurden angeschrieben. Es gab Anmerkungen zu Änderungen. Der einzige Grund, warum Sie keinen neuen Gesetzentwurf eingebracht haben, ist doch: Sie selbst konnten sich nicht entscheiden, was Sie in der Gleichberechtigungspolitik wollen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie wollten keine unbequemen Entscheidungen treffen.

Natürlich kann man es sich da nicht einfach machen. Mit unserem alternativen Weg eines umfangreich novellierten Entwurfs für ein Gleichberechtigungsgesetz haben auch wir es uns nicht einfach gemacht. Natürlich gibt es Kritik, wenn man ein Klagerecht für Frauenbeauftragte einführen will. Natürlich gibt es Kritik, wenn man den Geltungsbereich des Gesetzes erweitern will.

Aber wenn man in der Gleichberechtigungspolitik etwas verändern will, dann muss man eben auch unbequeme Entscheidungen treffen. Das aber kann man nur dann, wenn man dahintersteht und das auch wirklich will.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Diese Landesregierung aber hat nicht gezeigt, was sie will. Deswegen war sie zwei Jahre lang nicht dazu fähig, hierzu einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Deswegen ist und bleibt es ein Armutszeugnis, dass wir die Geltungsdauer dieses Gesetzes heute verlängern müssen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Ja, wir stimmen für diese Verlängerung, damit die Hängepartie für die Frauenbeauftragten erst einmal ein Ende

hat. Aber vom Inhalt her gesehen hat dieses Gesetz nach wie vor keine Verlängerung verdient.

(Clemens Reif (CDU): Dann enthalten Sie sich doch!)

Wir haben eine Alternative aufgezeigt, die möglich gewesen wäre, aber dafür gibt es in diesem Landtag keine Mehrheit.

Wir werden sehr genau verfolgen, was in der nächsten Legislaturperiode passiert. Wir werden uns sehr genau anschauen, ob die nächste Landesregierung ein Signal für mehr Gleichberechtigung setzen will und setzen wird. Ich habe ein bisschen Bedenken, dass dies tatsächlich so sein wird. Wir werden als SPD-Fraktion selbstverständlich auch in der nächsten Legislaturperiode unsere inhaltliche Alternative aufrechterhalten und in die Debatte einbringen.

Notgedrungen stimmen wir heute der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes um zwei Jahre zu, damit die Frauenbeauftragten auch nach dem 31. Dezember 2013 eine Rechtsgrundlage für ihre Arbeit haben und damit zumindest ein Minimum an Gleichberechtigungspolitik in Hessen möglich ist. Wir wünschen uns aber eine inhaltliche Alternative und werden dafür auch in der nächsten Legislaturperiode streiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Gnagl. – Das Wort hat der Sozialminister, Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens. Die Landesregierung hat immer deutlich gemacht, dass es auch nach dem 31. Dezember dieses Jahres in Hessen keinen rechtsfreien Raum geben wird.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Zweitens. Die Evaluation des bestehenden Gesetzes bedingt intensives Arbeiten. Auch das ist immer wieder deutlich vorgetragen worden.

Das Entscheidende bei meinem ersten Satz ist: Das „Signal“ an die Frauenbeauftragten, von dem Frau Gnagl eben gesprochen hat, kann nur von denjenigen gegeben worden sein, die ganz bewusst unterstellen wollen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen einen rechtsfreien Raum schaffen wollen. Insofern ist das, was Sie gesagt haben, schlicht und einfach falsch.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode ein modernes Gleichberechtigungsgesetz vorlegen, das auch die wichtige Rolle der Frauenbeauftragten zum Gegenstand hat.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister, Frau Kollegin Fuhrmann möchte Ihnen eine Frage stellen. Lassen Sie Zwischenfragen zu?

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Nein, keine Zwischenfragen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Kollegin Fuhrmann hat die Möglichkeit, sich zu diesem Punkt zu Wort zu melden.

Insofern bin ich der festen Überzeugung, dass der Gesetzentwurf, der dann vorgelegt wird, von einer breiten Mehrheit dieses Hauses getragen wird. Zu diesem Zweck werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine gute und intensive Diskussion führen.

Bis dahin muss die Laufzeit des geltenden Gesetzes verlängert werden. Ich bitte, dass dem Gesetzentwurf der Landesregierung Zustimmung erteilt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Grüttner. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 11, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung, Drucks. 18/7789 zu Drucks. 18/7738.

Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 14, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, Drucks. 18/7790 zu Druck. 18/7753.

Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig beschlossen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Landesblindengesetzes – Drucks. 18/7787 zu Drucks. 18/7744 –

Berichterstatter ist der Kollege Ismail Tipi.

Ismail Tipi, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses lautet: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, lieber Ismail Tipi, für die Berichterstattung. – Es gibt keine Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Landesblindengesetzes in zweiter Lesung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann stelle ich fest, dass dieser Gesetzentwurf einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen im Hessischen Landtag, beschlossen und zum Gesetz erhoben wurde.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Drucks. 18/7788 zu Drucks. 18/7752 –

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Lentz. Bitte sehr.

Monne Lentz, Berichterstatterin:

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und DIE LINKE, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lentz. – Ich eröffne die Aussprache. Redezeit: fünf Minuten je Fraktion. Das Wort hat der Kollege Alfons Gerling, CDU-Fraktion.

Alfons Gerling (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ist für die hessischen Kommunen von besonderer Bedeutung; denn ab dem 1. Januar 2014 übernimmt der Bund die Geldleistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII zu 100 % und entlastet damit die Kommunen nachhaltig.

Ich will in Erinnerung rufen, dass im Jahre 2011 die Kreise und kreisfreien Städte noch 85 % der Kosten tragen mussten. 2012 und 2013 sind die Kommunen jeweils um weitere 30 % entlastet worden. Jetzt sollen die Kommunen ganz von diesen Kosten befreit werden.

Meine Damen und Herren, deutschlandweit werden die Kommunen damit um mehr als 4 Milliarden € entlastet. Für Hessen sind es etwa 470 Millionen € – ein Betrag, der in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels und der sich erhöhenden Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigen wird.

Mit dem vorliegenden Entwurf der Landesregierung für ein Ausführungsgesetz ist die Ausgestaltung der neuen Regelung gut gelungen. Dies zeigt auch die große Zustimmung sowohl bei der ersten Lesung hier im Plenum als auch im Sozialpolitischen Ausschuss, sodass wir das Ausführungsgesetz mit diesen für die Kommunen so wichtigen Neuregelungen heute mit großer Mehrheit beschließen können

und auch beschließen sollten, damit das Gesetz am 1. Januar 2014 in Kraft treten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war mein letzter Redebeitrag im Hessischen Landtag. Ich möchte mit Erlaubnis des amtierenden Präsidenten, des lieben Kollegen Frank Lortz, die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle von Ihnen zu verabschieden.

Ich bin mit meiner 27-jährigen Zugehörigkeit zum Landtag einer der dienstälteren Abgeordneten. Schwerpunkt meiner Arbeit war über viele Jahre die Sozialpolitik. In diesen Jahren ist sehr viel geschehen, und es wurde viel bewirkt.

Lange war ich suchthilfepolitischer Sprecher meiner Fraktion, zuständig für einen Politikbereich, in dem in den Achtziger- und Neunzigerjahren harte Debatten geführt wurden. Später ging es – auch daran will ich erinnern – um den Nichtraucherschutz, bei dem sich unterschiedliche Auffassungen quer durch alle Fraktionen zogen und ebenfalls heftig gestritten wurde.

In dieser Legislaturperiode habe ich mich als seniorenpolitischer Sprecher der Fraktion insbesondere für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger engagiert.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Danke schön!)

– Gerne, lieber Rolf Müller.

(Heiterkeit)

22 Jahre lang war ich Mitglied und zehn Jahre lang Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug. Hier habe ich mich gerne für einen modernen Justizvollzug in Hessen eingesetzt.

Wichtig war mir, das will ich noch hinzufügen, die Interessen meines Wahlkreises Frankfurt I – das sind die westlichen Stadtteile – angemessen zu vertreten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe hier im Landtag manch strittige und oft auch hitzige Debatte erlebt. Letztlich konnten aber trotz unterschiedlicher Standpunkte immer konstruktive Entscheidungen zum Wohle Hessens getroffen werden. Ich möchte mich bei Ihnen allen, ausdrücklich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, sehr herzlich für das jahre- und teilweise jahrzehntelange gute und konstruktive Miteinander bedanken.

Ich scheid nun mit einigen Kolleginnen und Kollegen am 17. Januar 2014 aus dem Hessischen Landtag aus – natürlich mit etwas Wehmut, aber auch mit der Erkenntnis, dass wir alle nur auf Zeit gewählt sind.

Ich bin dankbar, dass ich eine solch lange Zeit im Hessischen Landtag miterleben konnte. Dafür danke ich der CDU und den Wählerinnen und Wählern, die mir dazu den Auftrag erteilt haben. Dankbar bin ich auch für die vielen Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern hier im Landtag und hessenweit. Ich wünsche Ihnen allen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sowie der neuen Landesregierung mit Volker Bouffier an der Spitze alles Gute und ein erfolgreiches Wirken, damit es in Hessen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger weiter aufwärtsgeht und unser Land einer guten Zukunft entgegengeht. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Sehr geehrter Herr Abg. Gerling, lieber Alfons, ich danke dir im Namen des ganzen Hauses für deine Ausführungen. Du bist hier einer der Dienstältesten. Du warst uns immer lieb und teuer; das weißt du. Wir sind auch dankbar für deine wirklich freundschaftliche Art, mit der du mit allen in diesem Hause sehr gut und kollegial zusammengearbeitet hast. Du warst sicherlich ein besonders gutes Beispiel für einen Volksvertreter, und die Bürgerinnen und Bürger, die dir Vertrauen geschenkt haben, können davon ausgehen, dass sie es dir auch zu Recht gegeben haben. Herzlichen Dank und für die Zukunft alles Gute und ein frohes Glückauf.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat der Kollege Dr. Spies, SPD-Fraktion.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den inhaltlichen Ausführungen meines Vorredners zum Gegenstand des Gesetzes habe ich gar nichts hinzuzufügen. Die SPD-Fraktion enthält sich bei diesem Gesetzentwurf aus formalen Erwägungen – wegen diskrepanter Einschätzung der Kommunalen Spitzenverbände und der Tatsache, dass die späte Einbringung des Gesetzentwurfs eine nach unserer Ansicht erforderliche, formal korrekte Anhörung nicht möglich gemacht hat. Deshalb sehen wir keinen Grund, dem Gesetzentwurf zu widersprechen, enthalten uns allerdings.

Herr Kollege Gerling, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung. Der Hessische Landtag zeichnet sich ja in einer schon fast pubertären Neigung dadurch aus, immer zu betonen, wie heftig es hier zur Sache geht. Das ist gerade im Bereich des Sozialen, wenn man berücksichtigt, dass auch in der Politik die Identität von Form und Inhalt wünschenswert wäre, nicht immer hilfreich. Wie wenige andere sind Sie ein Beispiel für freundliche Verbindlichkeit gewesen, die manchmal Ruhe an Stellen gebracht hat, an denen sie nötig war. Ich persönlich möchte Ihnen seitens der SPD-Fraktion und der sozialdemokratischen Sozialpolitiker dafür danken und wünsche mir, dass ein Stück von diesem Geist im nächsten Hessischen Landtag bleibt. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben schon in erster Lesung zu erkennen gegeben, dass wir die Umsetzung dieses Bundesgesetzes, das nun auch in der Länderfassung vorliegt, für richtig halten. Es wird die Kommunen entscheidend entlasten. Es wird viele Millionen Euro Erleichterung bedeuten. Wir haben dieses Gesetz; ich denke, es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht alle Kommentare waren einstimmig dafür. Wir wissen um einige Bedenken einiger kleiner Gruppen, aber am Votum halten wir fest: Es ist richtig, und deswegen werden

wir diesem Gesetzentwurf auch so zustimmen und freuen uns darüber, dass es dann in Kraft treten kann.

Gestatten Sie auch mir, zum Abschluss meiner heutigen Rede noch etwas zu Alfons Gerling zu sagen. Was vielleicht die wenigsten wissen, ist, dass ich in diesem Stadtteil aufgewachsen bin, der zu deinem Wahlkreis gehört, lieber Alfons. Vielleicht wissen auch die wenigsten, dass meine Eltern noch heute dort leben und dass mein Elternhaus zutiefst sozialdemokratisch ist. Wenn ich das einmal als Kompliment übermitteln darf: Viele sind erleichtert, dass du nicht mehr kandidierst. Ich weiß nicht, wie viele Wahlperioden du diesen Wahlkreis gewonnen hast.

(Clemens Reif (CDU): Sieben!)

Daran haben sich viele Kandidaten versucht, sowohl GRÜNE als auch Sozialdemokraten, und haben es nie geschafft. Das ist ein großes Kompliment. Du hast in diesem Frankfurter Westen den Laden ordentlich am Laufen gehalten, und zwar so ordentlich, dass dich die Wähler vermutlich auch noch fünf weitere Male gewählt hätten.

Mir persönlich liegt auch noch einmal daran, zu sagen: Du warst oder bist nach wie vor ein großer Sozialpolitiker. Vielen herzlichen Dank für deine Arbeit. Ich bin mir sicher, du wirst nicht ruhen und nicht rasten. Von daher auch im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herzlichen Dank für die Zusammenarbeit und alles Beste für die Zukunft, lieber Alfons.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege René Rock, FDP, Seligenstadt.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei Herrn Gerling für die Zusammenarbeit bedanken. Wir waren nicht so lange zusammen im Landtag, aber, ich glaube, ich habe einiges von Ihnen lernen können. Vielen Dank für diese gemeinsame Zeit. Ich mache das am Anfang, weil ich befürchte, dass mein Redebeitrag nicht ganz so versöhnlich ausgeht wie bei den anderen. Darum stelle ich das jetzt vorab: Vielen Dank, Herr Gerling, für die Zusammenarbeit, für das gute Zusammenwirken.

(Beifall bei der FDP)

Wir beschließen heute ein Gesetz, das aus meiner Sicht sehr viel Gutes bringt. Es bringt sehr viel Gutes, weil es unsere Kommunen entlastet, vor allem die Landkreise und kreisfreien Städte, und sie von einem unkalkulierbaren Risiko befreit. Warum sage ich das so? – Ab dem 01.01.2014 wird der Bund den Kommunen eine Last von den Schultern nehmen, die allein für die hessischen Kommunen 470 Millionen € bedeutet hat. Das ist eine gewaltige Zahl, und Grundlage dieser Zahlungen ist ein rot-grünes Gesetz gewesen. Dieses rot-grüne Gesetz stammt aus einer Zeit, als sich die SPD noch Gedanken gemacht hat, wie es denn zu einer demografiefesten Rente in Deutschland kommen könnte. In dieser Zeit konnte man viele Initiativen der SPD erkennen, so bei der Frage: Wie kann ich tatsächlich dafür sorgen, dass man bei einer veränderten Alterspyramide in

Deutschland trotzdem davon ausgehen kann, dass es dauerhaft eine Rente geben wird?

Damals kam man auf die Idee, zu sagen: „Ich möchte aber auch steuerlich eine Grundsicherung im Alter einführen“, was ich absolut unterstützt habe und richtig finde. Man hat damals aber vergessen, zu sagen, dass man die Kommunen entsprechend entlastet. Das war ein Fehler in der Überlegung, und das war ein Fehler in der Gesetzgebung in Berlin, der jetzt durch die scheidende schwarz-gelbe Bundesregierung ausgeglichen worden ist, wofür die Kommunen, denke ich, alle sehr dankbar sind, auch wenn sie in der Frage der Umsetzung den einen oder anderen kritischen Punkt gefunden haben. Ich glaube trotzdem, dass man an der Stelle der Kritik der Kommunen nicht folgen sollte. Wir sollten nicht riskieren, Rückforderungen auf diese Summe zu riskieren, sondern ich glaube, dass dieser Gesetzentwurf auf jeden Fall rechtssicher ist und wir sicher sein können, dass die gesamten rund 470 Millionen € dann bei den hessischen Kommunen ankommen werden.

Es ist sehr schade, dass man diese Überlegungen wieder einkassiert, dass man die gesetzliche Rente in Deutschland demografiefest machen will. An der Stelle muss sich leider auch die Bundes-CDU noch einmal genauer überlegen, ob sie die Rentenbeschlüsse tatsächlich so umsetzen will, wie sie denn jetzt immer mehr öffentlich werden; denn es ist ein Versündigen, wenn man heute auf Kosten der Zukunft Wahlgeschenke macht, nachdem man in schwierigen Zeiten, unter schweren politischen Bedingungen versucht hat, die Rente demografiefest zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben damals die erste rot-grüne Bundesregierung gehabt, die sich daran gewagt hat. Das war mutig, und das war in vielen Bereichen innovativ. Es ist wahrscheinlich auch die letzte rot-grüne Bundesregierung gewesen, die wir in Deutschland erlebt haben. Da gibt es jetzt andere Tendenzen. Von daher glaube ich schon, dass man diese Erfolge, die man in den letzten Jahrzehnten in der Reformpolitik erreicht hat, nicht so leicht aufgeben sollte, sondern dass man versuchen sollte, diese Reformfolge zu verteidigen.

Da kann ich nur an alle appellieren, die vielleicht auf Bundesebene noch Einfluss haben: Machen Sie das nicht. Lassen Sie die Rente demografiefest. Versündigen Sie sich nicht an den zukünftigen Generationen. Machen Sie eine nachhaltige Rentenpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bedankt sich für die konstruktive Begleitung dieses Gesetzesvorhabens. Wir sind sicher, dass damit den Kommunen eine massive Entlastung entgegengebracht werden kann. Dies alles haben meine Vorredner bereits ausgeführt. Ich will das inhaltlich nicht weiter vertiefen.

Ich spreche jetzt nicht für die Landesregierung, sondern als Sozialminister. Lieber Alfons, ich möchte dir sehr herzlich

danken für die freundschaftliche und konstruktive Begleitung. Sie war immer gut. Dass dieses Kompliment und diese Aussage ernst gemeint sind, siehst du daran, dass ein Offenbacher sie gegenüber einem Frankfurter äußert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. Das war schon fast zu viel des Weihrauchs, aber wir wissen ja, wie das ist. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in zweiter Lesung seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – SPD und LINKE. Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen und zum Gesetz erhoben worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 61. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2011 – Drucks. 18/7658 –

Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wir nehmen den Bericht des Landesschuldenausschusses zur Kenntnis. – Kein Widerspruch, dann ist dieser Punkt hiermit erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 17:**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Behandlung von Petitionen bis zum Ende der Wahlperiode – Drucks. 18/7759 –

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ganze Haus. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 22:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Familiennachzug syrischer Flüchtlinge – Drucks. 18/7792 zu Drucks. 18/7785 –

Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Dann kommen wir zur Aussprache, fünf Minuten. Wer wünscht das Wort? – Keiner, auch gut. Dann gibt es keine Aussprache.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das ganze Haus, es ist keiner dagegen. Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 23:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betref-

Ende Entlastung der Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011 – Drucks. 18/7794 zu Drucks. 18/7650 zu Drucks. 18/7104 –

Berichterstatter ist Herr Kollege Frank Kaufmann. – Er traut sich, dann erteile ich ihm das Wort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zum Antrag der Landesregierung betreffend Entlastung der Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011 vortragen. Die Beschlussempfehlung lautet:

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, folgenden Beschluss zu fassen:

Erstens. Die Landesregierung wird wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011 nach Art. 144 der Verfassung des Landes Hessen in Verbindung mit § 97 der Landeshaushaltsordnung entlastet.

Zweitens. Darüber hinaus empfiehlt der Haushaltsausschuss dem Plenum, zu den einzelnen Bemerkungsnummern des Rechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011 die folgenden, vom Unterausschuss für Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung in seiner Sitzung am 13. November 2013 einvernehmlich vorgeschlagenen Beschlüsse zu fassen. – Ich darf Ihnen jetzt leider den gesamten Bericht nicht vortragen. Ein bisschen schade ist es schon. Sie können ihn in der Drucks. 18/7794 entnehmen.

Herr Präsident, wir hatten vereinbart, dass ich zu diesem Tagesordnungspunkt kurz im Namen aller Fraktionen den Dank an den Präsidenten des Rechnungshofs und das gesamte Kollegium sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Arbeit des Hofes aussprechen darf. Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Kontrolle dessen, was die Landesregierung, das Land insgesamt, in finanzieller Hinsicht über das Jahr hinaus bewegt. Wir wissen alle, insbesondere diejenigen, die im Unterausschuss tätig sind, aber auch alle Abgeordneten im Plenum, wie wichtig die Arbeit des Rechnungshofs vor allem darin ist, dass er durch seine Kontrollrechte und durch seine Bemerkungen bereits im laufenden Haushaltsvollzug alle Beteiligten immer dazu anhält, sich weiter zu verbessern, sparsam zu wirtschaften und eine effiziente Haushaltsbewirtschaftung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, die heute zu verabschiedenden Bemerkungen 2012, die sich auf das Haushaltsjahr 2011 beziehen, sind die letzten, die unter der Verantwortung von Präsident Prof. Eibelshäuser erstellt wurden. Dies gibt mir Gelegenheit, auch an dieser Stelle und in dieser Wahlperiode, ihm und allen übrigen aus dem Hof ausgeschiedenen Mitgliedern des Kollegiums für ihre Arbeit insgesamt und insbesondere für die Neuaufstellung des Finanzcontrollings in Zeiten der Doppik nochmals besonders zu danken.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist zu würdigen. Sie, die gerade angesprochenen Damen und Herren, haben für das Finanzcontrolling in Hessen Wichtiges geleistet, sodass unser Land heute einen Spitzenrang bei der Entwicklung einer modernen öffentlichen Finanzwirtschaft einnimmt. Meine Damen und Herren, darauf können die Menschen im Hof sehr stolz und wir Parlamentarier im Landtag ein bisschen stolz sein.

In diesem Sinne freuen wir uns auch sehr auf die Zusammenarbeit mit der im Sommer neu ins Amt gekommenen Spitze des Hofes, Herrn Dr. Wallmann und Herrn Dr. Cuny, und den weiteren neuen Mitgliedern des Kollegiums. Sie finden – das sage ich in deren Richtung, ich denke, auch in Ihrer Namen – bedeutende Spuren vor, haben aber damit zugleich die Chance, eigene Marken zu setzen und dem hessischen Finanzcontrolling noch mehr Vorbildliches hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, meine letzte Bemerkung geht nach so viel berechtigtem Lob für andere jetzt auch an uns selbst. Wir haben – ich meine jetzt die Mitglieder des Unterausschusses für Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung – unsere Aufgaben zum Ende der Legislaturperiode komplett abgearbeitet. Unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger im Unterausschuss finden keine Restanten vor.

Das gibt mir Anlass, mich bei den Kolleginnen und Kollegen Mitgliedern des Unterausschusses für ihr Engagement in den Beratungen besonders zu bedanken. Trotz der ausgezeichneten Vorarbeit des Hofes ist hier besonderer Einsatz gefragt und wird auch jenseits parteipolitischer Positionen gern geleistet. – Vielen Dank dafür und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Frank Kaufmann. – Damit kämen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Entlastung der Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011.

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP. Dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Der Rest des Hauses. Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012; hier: nachträgliche Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen, außerplanmäßigen Ausgaben sowie der Vorgriffe im Haushaltsjahr 2012 – Drucks. 18/7795 zu Drucks. 18/7762 –

Berichterstatter ist der Kollege Pentz.

Manfred Pentz, Berichterstatter:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die Haushaltsüberschreitungen, außerplanmäßigen Ausgaben sowie die Vorgriffe im

Haushaltsjahr 2012 – vorbehaltlich der späteren Beschlussfassung über die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Haushaltsrechnung 2012 – nachträglich zu genehmigen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Es gibt keine Wortmeldungen, ohne Aussprache.

Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehrrecht zu G 9 auch für 5. und 6. Klassen – Drucks. 18/7796 –

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucks. 18/7799 –

Das Wort hat die Kollegin Habermann. Fünf Minuten Redezeit.

Heike Habermann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte mit etwas beginnen, worüber wir uns alle garantiert einig sind – vielleicht kommen wir ja auch am Schluss zu einem gemeinsamen Ergebnis –: In 14 Tagen ist Weihnachten,

(Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD) – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Einstimmig! – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

und es wäre das schönste Geschenk für Eltern in Hessen, es Schulen, die zu G 9 zurückgekehrt sind oder zu G 9 zurückkehren, zu ermöglichen, auch bestehende Klassen der 5. und 6. Jahrgangsstufen in die sechsjährige Mittelstufe mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Für das kommende Schuljahr haben bereits weitere Gymnasien den Beschluss gefasst, zu G 9 zurückzukehren. Ich bin sicher, dass dieser Trend ungebrochen ist und G 8 in Hessen bald der Vergangenheit angehören wird. Diese Schulen könnten bereits jetzt einen Willensbildungsprozess bei den Eltern in Gang setzen, um es zu ermöglichen, dass sich die Eltern der Kinder in den bestehenden Klassen ebenfalls für die längere Mittelstufe entscheiden. Gerade denjenigen, die seit Beginn des Schuljahres auf eine Lösung für ihre Kinder gewartet haben, drängt die Zeit besonders; denn das erste Halbjahr nähert sich dem Ende.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass eine Regelung unter Wahrung des Vertrauensschutzes auch für höhere Klassenstufen gefunden werden kann. Aber dieser Antrag gilt in erster Linie als erster Schritt, und er gibt die Position wieder, die in diesem Haus auf unsere Initiative hin bereits zweimal diskutiert wurde. Wir erwarten deshalb, dass die Fraktion der GRÜNEN, wie schon zweimal zuvor, unse-

rem Antrag zustimmen kann. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir hoffen, dass Sie Ihren neuen Bündnispartner überzeugen können, diesen Weg mitzugehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Denn es war in den Debatten ganz offensichtlich, dass ein großer Teil der Ablehnung vonseiten der CDU-Fraktion auch unter dem Druck der noch real existierenden Mehrheit in diesem Landtag und unter dem Druck des Koalitionspartners der FDP zustande kam.

Wir akzeptieren es nicht, dass mit dem Hinweis auf das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel von August 2009 das Anliegen der Eltern für rechtlich nicht möglich erklärt und damit eine Initiative verhindert wird. Auch nach diesem Urteil wurde von den Staatlichen Schülern die Rückkehr bestehender Klassen an kooperativen Gesamtschulen genehmigt, so z. B. im Schuljahr 2011/2012 an der Melibokusschule in Alsbach-Hähnlein, an der Gesamtschule Guxhagen und an der Dr.-Kurt-Schumacher-Schule in Reinheim. Noch im Jahr 2009/2010, dem Jahr des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs, gingen insgesamt fünf Schulen mit Jahrgängen 7 und 8 zurück zu G 9. In keinem Fall wurde von den Eltern betroffener Kinder geklagt, weil Einigkeit darüber bestand, den Kindern dort G 8 ersparen zu wollen. Hier wurde mit der Wahlfreiheit Ernst gemacht.

Wenn Sie die hier geforderte Wahlfreiheit wirklich umsetzen wollen, dann stimmen auch Sie diesem Antrag zu, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, und geben heute ein Signal für eine Gesetzesinitiative der neuen Landesregierung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Für uns gilt: Je weniger Schüler und Schülerinnen unter G 8 leiden müssen, desto besser. Unsere Alternative ist die generelle Rückkehr zu G 9 mit Möglichkeiten der individuellen Schulzeitverkürzung in der Oberstufe. Aber wir wollen Sie heute auch nicht überfordern. Wir fordern nur einen kleinen Schritt, von dem ich glaube, dass ihn auch die CDU-Fraktion in diesem Hause und die GRÜNEN mitgehen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Habermann. – Als Nächste wird Frau Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE zu uns sprechen.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! G 8 ist nicht erst seit Beginn der Koalitionsverhandlungen in Hessen ein Thema. Aber natürlich hat es nun nochmals besondere Relevanz – insbesondere was die zukünftige Rolle der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN angeht, die ja im Vorfeld der Wahlen auch verschiedene Gespräche zu diesem Thema geführt haben. Wir sind also sehr gespannt, was die GRÜNEN tun werden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

Schon im Juni dieses Jahres hat sich eine Volksinitiative gegründet, die zum Ziel hat, allen Kindern die Rückkehr zu G 9 zu ermöglichen. Unterstützt von der SPD und uns soll diese unsinnige Schulzeitverkürzung zurückgenommen werden. Bündnispartner dieser Initiative sind unter anderem der DGB Hessen, die GEW, ver.di, der Landeselternbund, die Landeschülervertretung – ich glaube, auch einige der Vertreter auf der Tribüne zu erkennen –, der Landeselternbeirat, unzählige Elterninitiativen, das Deutsche Kinderhilfswerk, die CDU-Fraktion Marburg und, wie ich jetzt gehört habe, auch jemand von der CDU in Fulda. Der Widerstand gegen dieses unsinnige G 8, das inzwischen auch in vielen anderen Bundesländern zu zahlreichen Initiativen geführt hat, verbreitet sich immer mehr.

Herr Wagner von den GRÜNEN hatte ebenfalls Interesse an dieser Volksinitiative gezeigt. Ich weiß, dass es zu Treffen zwischen Initiatoren und ihm gekommen ist. Und auch wenn die GRÜNEN es mit ihrem völlig falsch benannten Schulfrieden allen recht machen wollen, ohne wirklich einmal grundlegend etwas zu verändern, so haben sie doch stets betont, dass es jedem Kind möglich sein soll, zwischen G 8 und G 9 zu wählen.

Sie wissen: Wir wollen G8 komplett und sofort abschaffen. Kein Kind soll im Turbotempo durch die Schule gepeitscht werden. Es gilt nach wie vor: Gute Bildung braucht Zeit, und die Entwicklung von Heranwachsenden braucht ebenfalls Zeit. Aber auch Schritte dorthin können sinnvoll sein. Wir wollen daher, dass auch möglichst viele der Kinder und Jugendlichen, die bereits unter den Bedingungen von G 8 die Schule besucht haben, zu G 9 zurückkehren können. Schulen, die glauben – das ist der Unterschied zum Antrag der SPD –, dies auch für höhere Klassen als die 5. und 6. realisieren zu können, sollten darin unterstützt statt reglementiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor der Landtagswahl wurde Schulleitungen und Elternvertretern von Schulen zugesagt, nicht zuletzt vom Ministerpräsidenten, nach der Landtagswahl eine Problemlösung für Schülerinnen und Schüler der derzeit 6. Klassen zu finden, wenn diese zu G 9 zurückkehren wollen. Meine Damen und Herren, dann wäre es ja nun an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen und Butter bei die Fische zu tun.

Der Antrag der SPD zielt in genau diese Richtung, auch wenn er unserer Meinung nach nicht ausreichend ist, da er nur die derzeitigen 5. und 6. Klassen berücksichtigt, die Problematik aber natürlich auch höhere Jahrgänge betrifft. Auch diese müssen zu G 9 zurückkehren können. Daher unser kleiner Änderungsantrag, der weiter gehend ist und auch den Intentionen der Volksinitiative entspricht.

Für die jetzige Landesregierung wäre es mehr als nur ein Beweis ihrer Glaubwürdigkeit, würde sie diesem Antrag zustimmen. Für die Kinder, für all die Unterstützerinnen und Unterstützer der Volksinitiative wäre es der Beweis dafür, dass Politik wirklich für die Menschen, für die Betroffenen gemacht wird, und nicht über ihre Köpfe hinweg.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich wird es noch spannend, was die neue Landesregierung in diesem Punkt tun wird. Es erscheint vielleicht auf den ersten Blick nicht so gravierend wie die Streichung von mehreren Tausend Lehrerstellen, die Sie offensichtlich planen. Aber für die Kinder, die immer noch unter G 8 lei-

den müssen, ist es ein sehr zentrales Thema, welches immensen Einfluss auf die Schullaufbahn, die persönliche Entwicklung und die Lehrerinnen und Lehrer und Eltern hat.

Die Drohung von den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wer links wähle, wache mit Bouffier auf, scheint sich etwas in das Gegenteil verkehrt zu haben. Nun liegt es aber in Ihren Händen, das Aufwachen nicht noch alpträumlicher zu gestalten, als es diese Drohung suggerieren sollte, Herr Wagner.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie den Kindern die Zeit, die sie brauchen. Hören Sie auf diejenigen, die wirklich von diesem politischen Quatsch betroffen sind und waren. Schaffen Sie G 8 für die nächste Schülergeneration hessenweit ab, und ermöglichen Sie allen, die zurzeit noch in der Mühle von G 8 gefangen sind, ebenfalls zu G 9 zurückzukehren, zumindest dann, wenn die Schulen das verantwortlich umsetzen können und wollen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Cárdenas. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Schork zu Wort gemeldet.

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat hat das Thema Rückkehrrecht zu G 9 auch für die laufenden Klassen 5 und 6 für die Schulen, die sich zur Rückkehr zu G 9 entschieden haben, uns schon mehrfach im Hessischen Landtag beschäftigt. Es ist ein netter Versuch – so viel sei mir gestattet –, das im Zusammenhang mit Weihnachten in Geschenkform noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Aber ich muss Sie leider enttäuschen. Sie wissen auch – insofern ist die Intention dessen, was Sie aufgeschrieben haben, etwas zweifelhaft; denn Sie sagen: „Die Landesregierung ...“ –: Dieser Hessische Landtag hat bei der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes die Rückkehr von Gymnasien zu G 9 ermöglicht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Fast!)

Dieser Hessische Landtag hat gleichzeitig festgelegt – das ist die Gesetzeslage –, dass diese Rückkehr aufwachsend ab der Klasse 5 beginnt. Ich erwarte und formuliere es sehr deutlich, dass die Hessische Landesregierung sich an diesen Beschluss des Gesetzgebers hält. Insofern sind die Möglichkeiten der Hessischen Landesregierung, im Speziellen der Frau Ministerin im Kultusministerium, sehr beschränkt, um nicht zu sagen: überhaupt nicht vorhanden, in dem Bereich etwas zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Nun kennen wir alle die politische Diskussion. Wir alle haben im Vorfeld des heutigen Tages unter Angabe der Uhrzeit, wann wir wie die Hand heben sollen, jede Menge E-Mails bekommen. Es ist aber kein neuer Sachverhalt. Deswegen: Es gilt die zurzeit gültige gesetzliche Regelung. Der Hessische Landtag in der jetzigen Zusammensetzung wird in dieser Legislaturperiode an dieser Regelung im Hessischen Schulgesetz nichts mehr ändern.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Nichts mehr ändern können! So ist es!)

Auch wenn er es wollte, könnte er es nicht mehr hinbekommen. Deswegen ist die Diskussion am heutigen Tage ziemlich müßig.

Es ist ein netter Versuch, nun an einem Spezialthema herauszufinden, was denn wo diskutiert wird. Auch da muss ich Sie enttäuschen. Das ist ein Thema, das in der aktuellen politischen Diskussion ist. Sie und wir alle sollten in aller Ruhe und Gelassenheit abwarten, was der Hessische Landtag, der sich am 18. Januar 2014 konstituiert, in dieser Frage für einen Handlungsbedarf sieht. Das wollen wir in aller Ruhe und Gelassenheit abwarten. Zurzeit gilt bis auf Weiteres die gesetzliche Regelung, dass die Schulen, die zu G 9 zurückkehren, ab der Klasse 5 aufwachsen. Das ist die Rechtslage.

Die Aufforderung an die Hessische Landesregierung, daran etwas zu ändern, geht ins Leere, weil die Hessische Landesregierung gezwungen ist, sich an Recht und Gesetz zu halten, und dies auch tut. Das haben wir im Hessischen Landtag beschlossen, und so gilt es zunächst weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schork. – Ich darf Herrn Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es gleich vorweg sagen: Wir GRÜNE stehen für die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9. Das haben wir in den vergangenen Jahren getan, und das tun wir jetzt selbstverständlich auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen. Diese Aussage ist klipp und klar. Alle, die hier im Raum sind, wissen: Was bei Koalitionsverhandlungen herauskommt, das weiß man am Ende der Koalitionsverhandlungen und nicht am Anfang. Das ist der ganze Sachverhalt, über den wir heute reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir haben uns im Jahr 2008 dafür eingesetzt und haben glücklicherweise im Landtag große Zustimmung dafür gefunden, dass die kooperativen Gesamtschulen zu G 9 zurückkehren können. Seit diesem Schuljahr können auch die Gymnasien zu G 9 zurückkehren. Diesem Antrag haben wir zugestimmt. Auch wenn er von CDU und FDP kam, haben wir gesagt: Das finden wir GRÜNE richtig, und deshalb stimmen wir dem zu.

Worüber reden wir jetzt noch, nachdem die kooperativen Gesamtschulen die Wahlfreiheit haben und nachdem die Gymnasien die Wahlfreiheit haben? Da reden wir über das Problem, das wir oft in der Politik haben, wenn wir einen Stichtag setzen. Was ist mit denjenigen, die vor dem Stichtag schon in der 5. oder in der 6. Klasse waren? Wir reden über die Frage: Gibt es einen Weg, wie auch die Schülerinnen und Schüler, die in der 5. und 6. Klasse sind, zu G 9 zurückkehren können?

Das kann man ganz unaufgeregt betrachten. Einige Rednerinnen und Redner haben schon darauf hingewiesen: Derzeit ist das nach dem gültigen Schulgesetz ausgeschlossen. Aber der Hessische Landtag macht diese Gesetze. Deshalb ist die spannende Frage, ob man sich in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, diese gesetzliche Grundlage zu ändern. Dann ist die spannende Frage: Wie kann man das umsetzen?

Jetzt würde ich verstehen, wenn dieser Hessische Landtag der 18. Wahlperiode noch diese Gesetzesänderung auf den Weg bringen könnte, dass dann Hektik entstünde, dass dann gesagt würde, das müsse jetzt gleich geschehen, das müsse gleich verantwortet werden. Aber die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben wohlweislich beantragt, dass eine solche Gesetzesänderung vorbereitet werden soll.

Ich stelle also fest: In dieser Wahlperiode mit den alten Mehrheiten kriegen wir diese Änderung, selbst wenn alle im Landtag es wollten, nicht mehr hin. Also sind wir ohnehin in der nächsten Wahlperiode des Hessischen Landtags. Welche Parteien sich da zusammenfinden und mit welchem Programm, darüber wird jetzt geredet. Es ist spannend, darüber zu spekulieren, was da gerade geredet wird. Aber entscheidend ist, was am Ende dabei herauskommt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt wird schon Kohl zitiert!)

Da bitten wir einfach, Frau Kollegin Wissler, um zwei Wochen Geduld. Für die Schule entsteht dadurch kein Schaden. Im Gegenteil, es ist sinnvoll, wenn man sorgfältig und mit Plan über die Bildungspolitik in unserem Land redet und dann die verabredeten Konsequenzen trifft. In zwei Wochen sind wir alle schlauer. Wir sind auch gespannt, um das ganz offen zu sagen, wer sich in Koalitionsverhandlungen mit welchen Forderungen durchsetzt.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das gibt eine große Bescherung! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das, Herr Kollege Blechschmidt, müssen wir uns im politischen Geschäft nicht vorwerfen. Wir alle gehen mit unseren Wahlprogrammen in unsere Koalitionsverhandlungen hinein. Da macht man Kompromisse, die einen an der einen Stelle, die anderen an der anderen Stelle.

Wer wo Kompromisse macht, wissen wir in zwei Wochen, dann sehen wir uns wieder. Wir sind uns ganz sicher, dass wir dabei von der SPD, der LINKEN und der FDP sehr freundschaftlich begleitet werden können. Wir freuen uns darauf, und ich glaube auch, dass wir ein gutes Paket für die hessischen Schulen verhandeln werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Wagner. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Döweling jetzt Gelegenheit, zu sprechen.

(Zuruf von der SPD: Mario, gib ihm! – Heiterkeit)

Mario Döweling (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss schon sagen, es ist ein bisschen wie die Szenen

einer zerrütteten Ehe, was wir heute erleben: SPD und GRÜNE tief gespalten, jetzt, da der eine Partner untreu geworden ist. Offensichtlich versucht man, dieses Stück hier auf offener Bühne auszutragen. Das wäre für uns als FDP grundsätzlich ein Anlass zur Erheiterung. Allerdings ist das Thema zu ernst dafür, dass wir es hier in so einer Schmierenkomödie aufführen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorredner haben es richtig gesagt: Es ist ein Versuch der SPD, irgendwo einen Keil in die neue Koalition zu treiben. Es ist auch noch ein untauglicher Versuch – da muss ich dem Kollegen Schork recht geben –, da schlicht und ergreifend verfassungsrechtliche Grundlagen ignoriert werden, da in dem Antrag die Landesregierung zu etwas aufgefordert wird, was sie ohne den Gesetzgeber gar nicht kann, und schon gar nicht in der von Ihnen vorgegebenen Zeit.

Frau Habermann, von daher, wie auch in Ihrer sonstigen Schulpolitik: setzen, sechs, ungenügend.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Geht es leiser? – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist zumindest der Änderungsantrag der LINKEN noch besser, der nur die bestehenden Jahrgänge anspricht und nicht die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen, die es so, wie Sie meinen, gar nicht mehr gibt, zumindest nicht in diesen Jahrgangsstufen. Da wäre doch etwas mehr Sorgfalt nötig gewesen, statt hier einen Antrag abzuschreiben – auch das wurde richtig gesagt –, wie Sie ihn schon zweimal gestellt haben.

Ich frage mich nach wie vor – Sie haben das in der letzten Debatte angekündigt –: Wo ist denn Ihre rechtliche Bewertung? Wo ist denn Ihr Konzept, wie Sie vorhin gesagt haben, mit dem Sie darstellen wollen, dass der Vertrauensschutz zu wahren ist und eine gesetzliche Lösung möglich ist? Dann bringen Sie doch hier und heute einen Gesetzentwurf ein. Nennen Sie Ross und Reiter, wenn es Ihnen mit diesem Anliegen ernst ist, das Sie hier vorgetragen haben, und kommen Sie nicht mit Ihrer Scheidungspolemik. Wir können die Ehe zwischen Ihnen und den GRÜNEN nicht mehr kitten; es wird dabei bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wie geht das mit einem Gesetzentwurf in der letzten Sitzung?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns bleibt es dabei: Wir haben sorgfältig abgewogen. Wir haben innerhalb meiner Fraktion diskutiert, ich bin mir sicher, auch die CDU-Fraktion, und wir haben miteinander diskutiert. Wir sind damals zu dem Entschluss gekommen, die Wahlfreiheit für die Gymnasien in G 8 wieder zu gewähren, entweder bei G 8 zu bleiben, zu G 9 zurückzugehen oder auch das sogenannte Y-Modell anzubieten. Viele Schulen in Hessen machen davon Gebrauch und, wie man der Presse entnehmen konnte, weitere zum nächsten Schuljahr. Ich bin mir sicher, die Kultusministerin hat dazu gleich einige aktuelle Zahlen.

Wir haben kontrovers diskutiert, wie der Vertrauensschutz in dieser Frage zu bewerten ist, und wir sind zu der Bewertung gekommen, dass der Vertrauensschutz hier höher steht als das Wohl einiger Eltern. Ich sage aber auch deutlich: Es war ein Herzenswunsch gerade von den Kollegen

der CDU-Fraktion, dass es nicht wieder zu solchen Szenen kommt wie damals, als wir den kooperativen Gesamtschulen das freie Wahlrecht gewährt haben, auch bestehende Klassen umzuwandeln, dass es nicht zu Mobbing-situationen in den Klassen kommt. Aufgrund der Schwere dieser Argumente und natürlich auch aufgrund der Abwägung der rechtlichen Bedenken, die es dagegen gab, und der Gerichtsurteile, die in dieser Zeit ergangen sind, haben wir uns letzten Endes davon überzeugen lassen, dass wir das besser nicht so machen sollten.

Deswegen hat sich für uns an der Sachlage und an der rechtlichen Bewertung nichts geändert. Es gibt die Möglichkeit, die Sie sich wünschen, die sich natürlich auch einige Eltern in Hessen wünschen, derzeit leider nicht. Deswegen können wir diesen Anträgen aus unserer Sicht nicht entsprechen.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass wir anstelle eines solchen polemischen Antrags heute lieber eine kleine Bilanz hätten ziehen können. Da wäre doch vieles zu erwähnen gewesen. Vor genau fünf Jahren stand ich zum ersten Mal an diesem Pult, und da haben wir beschlossen –

(Günter Rudolph (SPD): Und heute zum letzten Mal!)

– Heute vorläufig zum letzten Mal, Kollege Rudolph, aber man sieht sich immer zweimal im Leben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte eine kleine Bilanz ziehen; denn ich glaube, diese Koalition aus CDU und FDP hat in Hessen ganz Entscheidendes erreicht,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber nichts Gutes!)

Kollege Rudolph, nicht wie Ihr Kartenhäuschen der Bildung, das im Wahlkampf zusammengebrochen ist. Wir haben die Klassen in Hessen ganz entscheidend verkleinert, wir haben eine 105-prozentige Lehrerversorgung geschaffen, wir haben die selbstständige Schule eingeführt wie kein anderes Bundesland. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist liberale Schulpolitik in Hessen, und daran müssen sich die nachfolgenden Regierungen messen lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin sehr gespannt, wie sie das tun. Ich rufe noch einmal dazu auf: Streichen Sie keine Lehrerstellen, wie es in der Presse zu lesen war, sondern setzen Sie die bewährte Arbeit von CDU und vor allem FDP in diesem Hause fort, damit Hessen auch weiterhin eine liberale und gute Schulpolitik behält.

(Beifall bei der FDP)

Vielen Dank. Es war mir eine Ehre, fünf Jahre Mitglied dieses Hauses zu sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Döweling. – Bevor ich Frau Kultusministerin Beer das Wort erteile, möchte ich die Zuschauerinnen und Zuschauer bitten, nicht zu fotografieren. Es ist

nicht erlaubt, von der Zuschauertribüne Fotos zu machen. Bitte halten Sie sich daran.

Frau Ministerin Beer, Sie haben das Wort.

Nicola Beer, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat schon gezeigt, warum wir momentan noch einmal über dieses Thema telefonieren – diskutieren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
– Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Herr Lindner angerufen?)

– Da gibt es ganz viele verschiedene Kommunikationskanäle, Herr Kollege Wagner. Aber ich kann ihn gern darum bitten, dass er Sie auch einmal anruft, wenn Sie das Vergnügen haben wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern!)

Die Debatte hat auch gezeigt, dass es keinen Sinn macht, hier mit Schnellschüssen zu agieren, sondern dass sich die Mehrheit dieses Hauses sehr viel Mühe damit gemacht hat, eine ausgewogene Lösung zu präsentieren,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

Herr Schäfer-Gümbel, die aber anders als das von Ihnen angestrebte Endergebnis dafür sorgt, dass es keine Drucksituationen, keine Mobbing-situationen auch gegenüber Minderheiten in einzelnen Schulen oder einzelnen Jahrgangsstufen in Hessen gibt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, anlässlich Ihres Antrags und gerade auch noch des Änderungsantrags der Linksfraktion etwas ganz anderes in den Mittelpunkt dieser Debatte zu stellen, von dem ich meine, dass es wesentlich ist. Sie führen hier eine rückwärtsgewandte Debatte, wenn Sie meinen, dass Sie wiederum nur mit Strukturveränderungen, mit der Diskussion um G 8/G 9, um Schulformen oder anderes in irgendeiner Weise die Situation für Schülerinnen und Schüler in Hessen, die Lernerfolge von Schülerinnen und Schülern in Hessen verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Was wir in Hessen brauchen, und zwar nicht nur in der nächsten Legislaturperiode, sondern in einer wesentlich längeren Linie, in meinen Augen in einer Art Masterplan 2024, der mindestens zehn Jahre abdeckt, ist, dass wir die Ruhe fortsetzen, die wir an unseren Schulen haben, weil sie eine ausreichende Ressourcenausstattung haben, weil sie gute, qualifizierte Lehrer in einem Umfang haben, der es ihnen ermöglicht, wirklich mit individueller Förderung in allen Schulformen, in allen Jahrgangsstufen, aus allen sozialen Hintergründen heraus arbeiten zu können; dass sie dies weiter ausbauen über die Themen Sozialindex und Selbstständigkeit von Schulen, weil das Schulen die Instrumente gibt, um passgenaue und flexible Lösungen vor Ort zu finden; und dass wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, wofür Schule eigentlich da ist.

Wir machen in diesem Land Schule, und wir sollten als Politiker in diesem Land auch darüber diskutieren, wie Schule gemacht wird, weil wir junge Menschen fördern wollen, weil wir junge Menschen für ihr Leben fit machen

wollen. Das bedeutet, sie je nach Ausgangslage individuell zu unterstützen und sie in ihren Lernerfolgen zu begleiten und zu befördern. Genau darum müsste es in einem Masterplan 2024 gehen.

Wir haben im hessischen Ministerium an diesem Punkt schon gearbeitet. Ich würde es wirklich schätzen, wenn sich zukünftige Landtage mit dieser Frage auseinandersetzen, die Diskussion um die Qualität von Unterricht und damit die Qualität von Schule hier in den Mittelpunkt unserer Austausch zu stellen, dies auch nicht nur mit Schulen, deren Lehrkräften und Schulleitungen, sondern mit Eltern und allen anderen relevanten Gruppen zu diskutieren. Meines Erachtens muss es dabei sogar noch um mehr als um die Parameter gehen, die in der Vergangenheit eingesetzt worden sind.

Sicherlich müssen wir darauf schauen, wie wir Abbrecherquoten reduzieren. Sicherlich müssen wir darauf schauen, wie wir Wiederholerquoten reduzieren. Aber wir müssen uns noch weit mehr auf die Frage der Entwicklung von Lernerfolgen von Kindern, egal in welcher Altersstufe und egal in welcher Schulform, konzentrieren. Genau diese Maßnahme können wir jetzt aufsetzen, weil diese Landesregierung und auch die Vorgängerlandesregierungen die Basis dafür gebildet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich die Gelegenheit ergreifen, noch zwei, drei Punkte zu nennen, die meines Erachtens für einen solchen Masterplan 2024 wesentlich wären, um solche Verläufe von Lernerfolgen von Kindern auch entsprechend unterstützen zu können. Eine zentrale Rolle in diesem auf mindestens zehn Jahre angelegten Programm sollten die Personen der Lehrkräfte spielen.

Es geht um eine veränderte Rolle von Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht, auch vor dem Hintergrund der sich ändernden Situationen, in der sie in Schulen unterrichten. Es geht um eine wirklich konsequente Fortbildungsplanung.

Damit sind wir schnell auch bei einer veränderten Rolle der Schulleitung, die meines Erachtens im Laufe der nächsten Legislaturperiode zu einer eigenen Profession ausgebildet werden muss, weil es darum geht, Schulleiter auch in ihrer Rolle so ausgestattet zu haben, dass sie Veränderungen in Kollegien, auch im Hinblick auf die Haltung jedes einzelnen Lehrers zum Unterricht für die Schülerinnen und Schüler, nicht nur ermöglichen, sondern auch voranbringen können. Das Mindeste ist hier eine entsprechende Fortbildungsplanung.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der dritte Punkt ist meines Erachtens vor dem Hintergrund der zentralen Frage von Schul- und Unterrichtsentwicklung die Tatsache, dass wir ein wirkungsvolles Qualitätsmanagement in Schulen aufbauen, und zwar auf der Grundlage des bereits bestehenden Hessischen Referenzrahmens Schulqualität. Es muss uns gelingen, in der nächsten Legislaturperiode die bestehenden Kerncurricula in Schulcurricula umzusetzen.

Das heißt, dass in jeder Schule auch ein entsprechendes profiliertes Schulcurriculum entsteht. Das heißt, dass wir ein vor Ort zugeschnittenes, auf das Profil der einzelnen Schulen angepasstes Schulcurriculum vorweisen können. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, hierfür auch die Quote der

selbstständigen am besten wenigstens auf 50 % bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode zu steigern.

Meines Erachtens muss man sich auch der Aufgabe widmen, die Schulinspektion an diesen Qualitätsentwicklungsprozess von Schule anzupassen, dort, wo Schule immer selbstständiger wird, wo es um inhaltliche Ausgestaltung von Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung geht, dies auch nicht mit der Gießkanne überall gleich, sondern angepasst auf das vor Ort gewählte Profil, sei es in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen oder im Kultur- oder Sportbereich.

Dort brauchen wir keine in bestimmten Abständen regelmäßig wiederkehrende Schulinspektion, sondern wir brauchen eine Unterstützungs- und Beratungsleistung, die anlassbezogen im Hinblick auf die einzelnen Ziel- und Entwicklungsvereinbarungen zwischen den Schulen und dem Landesschulamt möglich gemacht wird.

Diese Umgestaltungsmöglichkeiten sollten wir in den Mittelpunkt unserer Debatten stellen; denn sie werden zentral dafür sein, welche Unterrichtsqualität und damit welche Qualität der Unterstützung von Jugendlichen in unseren Schulen zukünftig geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, da braucht es keine hektischen Bewegungen in der Struktur. Spätestens die Studie von John Hattie sollte Ihnen gezeigt haben, dass all diese Strukturdiskussionen, die Sie geführt haben, rückwärtsgerichtet sind.

Dieses Kultusministerium hat die Grundlage dafür gelegt, dass wir in der Zukunft hieran arbeiten können. Lassen Sie uns vielleicht sogar fraktionsübergreifend, vielleicht auch komplett in diesem Hause mit ganz großer Mehrheit daran arbeiten, einen solchen Masterplan 2024 für unsere Kinder zu entwickeln und nicht wieder rückwärtsgerichtet zu diskutieren. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, wir beantragen zu unserem Antrag namentliche Abstimmung.

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es ist zum Tagesordnungspunkt 25 namentliche Abstimmung beantragt.

(Günter Rudolph (SPD): Erst der Änderungsantrag!)

Zuvor wollen wir aber den Änderungsantrag abstimmen lassen, weil, würde er angenommen, sich etwas verändert. Meine Damen und Herren, ich rufe zur Abstimmung den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/7799, zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/7796, auf.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind

SPD und GRÜNE. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann sind wir auf die namentliche Abstimmung zu dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 25 vorbereitet. Ich bitte, mit der Verlesung zu beginnen.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, wir haben übereinstimmende Ergebnisse der Zählungen. Ich darf Ihnen mitteilen: Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt. – Gibt es Anzweiflungen? – Nein.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist **Tagesordnungspunkt 26:**

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine Fortsetzung der „Operation düstere Zukunft“ – Drucks. 18/7797 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Das Wort erhält Frau Abg. Wissler für die antragstellende Fraktion.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele Menschen, die am 22. September 2013 zur Landtagswahl gegangen sind, haben darauf gehofft, dass die CDU nach 15 Jahren endlich nicht mehr der Landesregierung angehören würde. Vor allem haben viele dieser Menschen auf einen Politikwechsel gehofft. Sie hofften darauf, dass sich in Hessen inhaltlich wirklich etwas zum Besseren verändern würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun wurde vor einigen Tagen in der Presse berichtet, dass CDU und GRÜNE in ihren Koalitionsverhandlungen über den Abbau von 3.000 Lehrerstellen sprechen würden. Das haben CDU und GRÜNE zwar umgehend dementiert, sie haben das aber nicht in der Sache, sondern nur mit dem Hinweis getan, dass darüber noch gar nicht gesprochen worden sei.

Meine Damen und Herren der CDU und der GRÜNEN, wir möchten Ihnen deswegen heute gerne die Gelegenheit geben, noch einmal inhaltlich zu dieser Frage Stellung zu nehmen und hier zu erklären, ob Ihre Wahlprogramme eigentlich noch Gültigkeit haben oder ob Sie die direkt nach der Wahl in die Tonne treten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der stellvertretende Vorsitzende der hessischen CDU, Franz Josef Jung, hat sich inhaltlich dazu geäußert. In einem Interview mit dem „Darmstädter Echo“ wurde er gefragt:

Wenn also die Schülerzahlen sinken, werden auch weniger Lehrer benötigt?

Er antwortete:

Ja. Wenn die Schülerzahlen erheblich zurückgehen, wird dies auch Auswirkungen auf die Zahl der Lehrerstellen haben.

Wir halten den Abbau der Lehrerstellen für den völlig falschen Weg. In allen Wahlprogrammen war davon die

Rede, dass Bildung Priorität haben muss, dass man mehr Geld für die Bildung braucht und nicht weniger.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte es für völlig falsch, mit der sogenannten demografischen Rendite zu argumentieren, also mit dem Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler.

Erstens. Wir sollten uns lieber einmal Gedanken darüber machen, wie man familienfreundliche Strukturen schafft und wie man eine Politik macht, die nicht dazu führt, dass sich viele Menschen dazu entscheiden, keine Kinder zu bekommen.

Zweitens. Man muss diese Prognosen einfach einmal infrage stellen. Die Prognosen, die die Demografen in den letzten Jahren angestellt haben, haben nicht immer gestimmt. Wer hat denn, bitte schön, diesen Run auf die hessischen Hochschulen vor ein paar Jahren vorhergesehen? Dass es mehr Studierende würden, ja, das wusste man. Dass es so viele würden, hat niemand so prognostiziert.

Wir leben in einer Zeit, in der es Zuwanderung gibt, in der es Fachkräftemangel gibt und in der die Menschen mobil sind und von einem in das andere Bundesland ziehen. Von daher halten wir diese Prognosen für überhaupt nicht tragfähig.

Noch viel wichtiger sind aber die Aufgaben, die wir bei der Bildung eigentlich haben. Da geht es um den Ausbau der Ganztagschulen und die inklusive Beschulung. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass die hessischen Lehrerinnen und Lehrer mit die höchste Arbeitszeit überhaupt haben. Es war ein Versprechen der bisherigen Opposition, dass man die sogenannte „Operation düstere Zukunft“ und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zurücknehmen würde.

Jetzt frage ich Sie: Wie soll man die Arbeitszeit bei den Lehrerinnen und Lehrern reduzieren, was dringend nötig wäre, und gleichzeitig Lehrerstellen abbauen? – Das geht nicht. Wenn das so käme, wäre das der Bruch eines Wahlversprechens.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es einen Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler geben wird, dann wird es den im ländlichen Raum und nicht in den Ballungsgebieten geben. Das heißt, wir reden dann auch über Schulschließungen. Wir reden darüber, dass der ländliche Raum dann noch weiter abgehängt und unattraktiver werden wird.

Wir sind der Meinung: Wenn es das ist, was die GRÜNEN mit Schulfrieden gemeint haben, dann ist das wirklich ein schlechter Witz. Der Abbau der Lehrerstellen würde eine Fortsetzung der „Operation düstere Zukunft“ der Alleinregierung der CDU und nichts anderes bedeuten.

(Zuruf von der CDU: Das wäre auch nicht schlecht!)

Wir wollen, dass mehr Geld für die Bildung ausgegeben wird. Schwarz-Grün redet jetzt darüber, das Angebot der Ganztagschulen ausbauen zu wollen. Die Kosten dafür wollen sie aber auf die Kommunen und die Eltern abwälzen.

Ich erinnere mich an die Debatten zum Kinderförderungsgesetz. Sie haben es hier als „Murks“ bezeichnet. Jetzt geben Sie sich mit lediglich kosmetischen Änderungen zufrieden. Das Kinderförderungsgesetz, gegen das so viele

Menschen demonstriert haben, soll jetzt trotzdem am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Wir sind der Meinung: Wir brauchen in der Bildung mehr Geld und keine Kürzungen im Namen der Schuldenbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor zehn Jahren hat die damalige Landesregierung die „Operation düstere Zukunft“ aufgelegt. Das geschah damals mit Kürzungen in Höhe von 1 Milliarde €. Das geschah vor allem bei den sozialen Einrichtungen. Es wurde aber auch die Arbeitszeit der Beamten erhöht.

Vor genau solchen Kürzungen haben auch die Gegnerinnen und Gegner der Schuldenbremse gewarnt. Wenn es keine Steuermehreinnahmen auf der Bundesebene gibt und wenn man versucht, 1,5 Milliarden € im Landeshaushalt einzusparen bzw. wegzukürzen, dann bereitet man eine zweite „Operation düstere Zukunft“ vor.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich fordere die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN auf, hier Stellung zu beziehen und klarzustellen, ob der Abbau mehrerer Tausend Lehrerstellen geplant wird. Das steht nicht in Ihren Wahlprogrammen. Sagen Sie, ob es das mit Ihnen geben wird.

Es gibt eine Verunsicherung an den Schulen. Deswegen sollten Sie hier Stellung beziehen: Gelten Ihre Wahlversprechen noch, oder gelten sie nicht? – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Abg. Rudolph von der SPD-Fraktion.

(Wolfgang Greilich (FDP): Jetzt wird es weihnachtlich!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte CDU und GRÜNEN den Vortritt lassen – aber lautes Schweigen auf deren Seiten zu diesem Antrag. Das macht nichts.

Wir alle warten auf die Ergebnisse. Allerdings graust mir davor, dass die an Heiligabend verkündet werden sollen. Herr Kollege Wagner sagte: in 14 Tagen. Ich glaube, Heiligabend hat etwas Besseres verdient, als Koalitionsergebnisse vorgestellt zu bekommen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Bescherung kann gar nicht so schön sein, dass sich in Hessen Menschen darüber freuen.

Wir bewegen uns da jetzt natürlich im Bereich der Spekulationen. Nach Koalitionsrunden werden Fragmente bekannt gegeben, was sich in Hessen alles verändern sollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem wird mitgeteilt, es solle Gipfel geben, Konvente und runde Tische. Man hat den Eindruck, alles ist nicht entschieden, sondern vieles lässt man offen. Offensichtlich weiß man nicht, was man will. Das ist bei bisher weit auseinanderliegenden Positionen auch nachvollziehbar.

Natürlich werden wir uns die Freiheit nehmen, die Wahlprogramme nebeneinanderzulegen. Da wird man sehen, wer sein Programm am Schluss in Teilen glaubwürdig umsetzen kann und wer möglicherweise gar nichts von seinen programmatischen Inhalten umsetzen können außer Worthülsen. Das werden wir sehr genau tun.

In der Tat ist eine der zentralen Herausforderungen die Bildungspolitik in Hessen. Die Position der Sozialdemokraten – die hat sich mit dem Landtagswahlergebnis auch nicht geändert – ist: Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit stehen weiterhin auf der Agenda.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Da können sich die Koalitionäre der Zukunft nicht so leicht davonschleichen: Wollen Sie im Bildungsbereich Stellen abbauen oder nicht? – Wenn das nicht gewollt ist, kann man das dementieren. Denn das hat natürlich Auswirkungen auf den Bildungsbereich.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Wie sieht es etwa im ländlichen Raum aus? Dort gehen die Schülerzahlen zurück. Dort muss man Schule anders organisieren als im Ballungsraum. Da gibt es Verunsicherungen. Da gibt es Ängste: Kann ich Bildungsangebote aufrechterhalten, die auch notwendig sind?

Deswegen an CDU und GRÜNE die Aufforderung, hier und heute zu sagen: Gibt es im Lehrerbereich Stellenabbau oder nicht? Geht es da um 3.000 Stellen, oder sind es möglicherweise nur 2.800 Stellen? Meine Damen und Herren, heute können Sie das klarstellen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht um die frühkindliche Bildung. Selten war ein Landesgesetz so umstritten wie das Kinderförderungsgesetz. In Hessen haben 150.000 Menschen dagegen unterschrieben. Sie haben angekündigt, dieses Gesetz soll zum 01.01.2014 in Kraft treten.

Dieses Gesetz ist pädagogisch falsch. Es wird die Kommunen finanziell schlechter stellen.

(Alexander Bauer (CDU): Was für ein Quatsch!)

CDU und GRÜNE wollen das fortführen. Leidtragende sind die Eltern, die Erzieherinnen und die Kinder. Das aber ist ein völlig falsches Signal.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Meine Damen und Herren von der CDU, der Beweis ist relativ einfach: Wenn Sie im ländlichen Bereich die Finanzierung von der Einzelplatzförderung auf die Gruppengröße umstellen, dann trifft das den ländlichen Raum. Schulen im ländlichen Raum sind die Leidtragenden. Das ist eine der Konsequenzen. Das war falsch, ist falsch und muss korrigiert werden. Daran werden wir weiter hartnäckig arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Meine Damen und Herren, es ist angekündigt, dass Sie im sozialen Bereich etwas verändern wollen. Das ist zunächst einmal das Eingeständnis der CDU, dass die „Operation düstere Zukunft“ vor zehn Jahren falsch war. Diese Position haben wir immer vertreten.

Jetzt wollen wir aber genauer wissen, was das heißt. Was ist mit den Einrichtungen, den Strukturen, die in diesen

zwölf Jahren kaputtgegangen sind? An die LINKEN nur den Hinweis: Sie werden nicht alles zurückholen können, was in zwölf Jahren kaputt gemacht wurde. Das muss man wissen. Insbesondere sind viele ehrenamtliche Strukturen zerschlagen worden.

Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Frauenhäuser und Einrichtungen der Jugendbetreuung Landesmittel erhalten. Darüber hinaus – das ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft – müssen diejenigen Hilfe bekommen, die sich um andere kümmern, die in Not sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation der Kommunen ist bei Weitem nicht so rosig, wie sie dargestellt wird. Schauen Sie sich die Finanzlage an. Von Schwarz und Grün kommt da im Moment relativ wenig – außer dem Hinweis: Alles eigentlich gar nicht so schlimm, den Kommunen geht es doch ganz gut.

Hessens Kommunen haben in den letzten Jahren bundesweit das höchste Defizit eingefahren; denn die Aufgaben sind mehr geworden, die Finanzzuweisungen aber weniger. Das ist eine Disparität.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragmente aus den Koalitionsverhandlungen, die bis jetzt bekannt geworden sind, lassen wohl nicht viel Gutes erwarten. Wir werden das in den nächsten Tagen beobachten.

(Clemens Reif (CDU): Abwarten!)

– Herr Reif, bei Ihrer Wendigkeit beim Thema Flughafen und anderem sind wir auf vieles gefasst. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir bleiben unseren Grundsätzen treu, die wir vor den Wahlen versprochen haben.

(Lachen bei der CDU)

– Ja, das ist so. Möglicherweise führt das nicht jetzt zur Regierungsbildung, aber sicher ist: Erstens haben die Menschen ein gutes Gedächtnis.

(Zurufe von der CDU)

Zweitens sieht man sich mindestens zweimal im Leben. Drittens sind Inhalte, die wir für richtig halten, nicht dadurch falsch geworden, weil Schwarz und Grün sie ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Beuth für die Fraktion der CDU.

Peter Beuth (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Trommeln, die der Kollege Rudolph gerade ausgepackt hat, für eine solche Debatte angemessen und richtig sind. Denn er hat natürlich recht: Am Ende hat er spekuliert. Er hat über Koalitionsverhandlungen spekuliert, die wir im Moment führen. Ich finde, wir sind gut beraten, wenn wir das Werk des Koalitionsvertrags, ob es nun zu Weihnachten oder an Weihnachten in Form einer Bescherung oder in anderer Form kommt, insgesamt beurteilen. Ich glaube, da sind wir gut beraten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir selbstverständlich in der Bildungspolitik die Schulen weiter verbessern wollen. Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir auch bei der Betreuung der Kinder in unserem Land die Weichen weiterhin gut stellen. Sie ignorieren die Tatsache, dass wir viel mehr Geld zur Verfügung stellen, beispielsweise im Kinderförderungsgesetz, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich habe in Erinnerung, dass wir dort 70 Millionen € mehr hineinstecken. Das ist gut angelegtes Geld für die Betreuung der Kinder dieses Landes.

Wir sind gut beraten, eine Gesamtschau vorzunehmen: Was haben CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Ende in einen Koalitionsvertrag hineingeschrieben?

Meine Damen und Herren, der Antrag, den die LINKEN hier eingebracht haben, macht vor allen Dingen eines deutlich: Er zeigt deutlich auf, warum mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand eine Zusammenarbeit gesucht hat. Frau Kollegin Wissler, das, was Sie hier vorgebracht haben, Ihr Programm, ist bar jeder finanzpolitischen Verantwortung für dieses Land.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sind auf dem Weg, in der 19. Wahlperiode dieses Land weiterhin generationengerecht voranzubringen.

(Zurufe der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wir wollen, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger nicht nur einen guten Koalitionsvertrag, sondern vor allen Dingen eine stabile Regierung erhalten. Die werden wir bei der konstituierenden Sitzung am 18. Januar im Hessischen Landtag auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihr Antrag war entbehrlich, und er ist auch in der Sache nicht zustimmungsfähig.

(René Rock (FDP): Von den LINKEN! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Von den LINKEN. Der Antrag von den LINKEN war entbehrlich.

(Günter Rudolph (SPD): Da müssen Sie noch üben!)

Frau Kollegin Wissler,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

vor allen Dingen will ich Ihnen nochmals zurufen: Das Parlament hatte sich im Vorfeld darauf geeinigt, dass wir nur noch die wesentlichen Dinge, die dieses Land im Jahr 2013 noch voranbringen kann,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

miteinander beraten wollen. Für Klamauk sollte heute eigentlich heute keine Zeit mehr sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Bocklet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, Sie sprechen in Ihrem Antrag viele Punkte zu Recht an. Sie sprechen aber einige Punkte, wie so oft, leider auch überzogen an. Das ist das Problem mit der Linkspartei. Sie haben deshalb keine Möglichkeit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, weil Sie an den entscheidenden Punkten, wo es darauf ankommt, Augenmaß zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen, geradezu erbärmlich kneifen. Das ist auch das Problem, das in diesem Antrag steckt. Das muss man einfach einmal so sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir lesen nur eure Programme!)

Ich beschreibe es Ihnen gerne. Sie fordern unter Punkt 6, dass der Bund für Steuermehreinnahmen sorgt. Glauben Sie mir, da sind wir uns sehr einig. Wir GRÜNE haben einen Bundestagswahlkampf geführt, bei dem wir außerordentlich unter Gegenwind gelitten haben, dessen Motto lautete: Wir brauchen höhere Steuereinnahmen. – Wir wollten eine Vermögensabgabe, höhere Spitzensteuersätze und auch eine Finanztransaktionssteuer einführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bedauern außerordentlich, dass es auf Bundesebene eine Koalition aus SPD und CDU gibt, die alles daransetzt, höhere Einnahmen zu verhindern. Darin sind wir uns heute hier einig, oder?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist sehr bedauerlich. Wir hätten uns höhere Einnahmen des Bundes gewünscht. Dann hätte auch das Land mehr Geld.

Wir sind uns an bestimmten Punkten einig, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN. Auch wir sind der Meinung, dass die „Operation düstere Zukunft“ ein großer Fehler war. Sie bedeutete tiefe und entscheidende Einschnitte in die soziale Infrastruktur. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass diese Einschnitte in wesentlichen Punkten korrigiert werden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Und die anderen Punkte?)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, auch wir nehmen das Thema Inklusion sehr, sehr ernst. Wir werden als GRÜNE alles daransetzen, deutliche Investitionen bei der Inklusion, bei der Eingliederung behinderter Kinder – auch in der Schule – vorzunehmen. Das haben wir vor der Wahl gesagt. Dafür setzen wir uns nach wie vor ein.

Wir können die einzelnen Punkte Ihres Antrags durchgehen. Investitionen in die Bildung bleiben nach wie vor Gegenstand unseres Engagements. Das Gleiche gilt für das Tariftrueugesetz und für eine faire und gerechte Finanzierung der Kommunen. All das sind unstrittige Themen.

Wie schon so oft ist aber auch dieser Antrag der LINKEN so was von unseriös und, finanzpolitisch gesehen, ein Harakiri-Unternehmen. Lassen Sie es mich vorrechnen. Allein schon die vollständige Rücknahme der „Operation düstere Zukunft“, die Sie unter Punkt 1 fordern, würde Ausgaben in Höhe von 1 Milliarde € bedeuten. Die Abschaffung der Kita-Gebühren würde, über den dicken Daumen gerechnet, ebenfalls 1 Milliarde € an Kosten verursa-

chen. Die vollständige Rücknahme der 344-Millionen-€-Kürzung beim KFA würde Mehrausgaben von rund 2,5 Milliarden € bedeuten – ohne Mehreinnahmen des Bundes.

Wer Verantwortung für das Land so definiert, hat in einer Landesregierung nichts zu suchen. Da brauchen Sie nicht auf uns zu deuten. Das ist Ihr Versagen. Sie wollen dieses Land nicht regieren, und Sie können es nicht regieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Seid ihr so froh, dass wir im Parlament sind!)

– Auf dem Jahrmarkt ist das Paradies, und wer sich das wünscht, der wählt DIE LINKE. Das wissen wir.

Die Frage wird sein: Was kann in diesem Land in den nächsten fünf Jahren verbessert werden? Die Stichworte sind genannt worden. Wir sind da sehr dicht beieinander. Wir brauchen weiterhin Investitionen in die soziale Infrastruktur, in die Bildung und in viele andere Bereiche. Ich bin mir sicher, dass Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, einfach das Wasser nicht halten konnten. Warten Sie einfach einmal ab. Ihre Erregung ist spürbar, aber manchmal kommt eine vorzeitige Erregung eben zum falschen Zeitpunkt.

Wir werden die Koalitionsverhandlungen gelassen abwarten. Dann werden wir sehen, was dabei herauskommt. Danach können Sie sich wieder an dieses Pult stellen, und dann werden Sie sehen, dass Sie viele dieser Punkte vielleicht gar nicht mehr aufführen müssten. Insofern empfehle ich Ihnen, sich zu entspannen. Wir genießen die nächsten zwei Wochen in großer Gelassenheit. Kurz vor Weihnachten wird es einen Koalitionsvertrag für die nächsten fünf Jahre für dieses Land geben. Wir sind davon überzeugt, dass es sozialpolitisch, geschlechterpolitisch und auch schulpolitisch große Fortschritte geben wird.

Davon sind wir sehr überzeugt. Deshalb werden wir den Antrag, den Sie gestellt haben, zwar nicht ablehnen, weil er viele richtige Hinweise gibt, weil er in die richtige Richtung deutet; aber weil er, wie so oft, die Finanzpolitik komplett versenkt, werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rock für die Fraktion der FDP.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag der Fraktion DIE LINKE vorliegen, der einige Punkte anspricht, die in den letzten Monaten und Jahren intensiv debattiert worden sind, zu denen alle Fraktionen ihre Meinung hier im Plenum deutlich gemacht haben.

Sie haben auf eine Einsparmaßnahme abgehoben, die unter CDU-Alleinregierung im Jahre 2003 umgesetzt worden ist, und haben sie mit der Überschrift „Operation düstere Zukunft“ versehen. Meine Fraktion hatte damals keine Regierungsverantwortung und hat diesen Prozess konstruktiv-kritisch begleitet. Einiges war aus unserer Sicht richtig und wichtig; einiges hätten wir vielleicht nicht gemacht.

Nichtsdestotrotz ist im sozialen Netz in Hessen in den letzten Jahren viel passiert. Es wurden Strukturen anders finanziert. Es wurden neue Strukturen aufgebaut. Wenn man sich den Sozialetat und die Mittel anschaut, die dort verausgabt werden, dann kann man nur sagen, dass die Landesregierung, getragen durch die FDP und die CDU im Landtag, hier massiv investiert hat, insbesondere in den Bereich frühkindliche Bildung. Wir haben an dieser Stelle eine sehr gute Erfolgsbilanz für die letzten fünf Jahren vorzuweisen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich glaube, dass wir nicht zwingend eine gute Weihnachtsbescherung bekommen werden, sondern vielmehr eine interessante Weihnachtsbescherung. Ich glaube auch, dass wir uns im nächsten Jahr intensiv mit dem Koalitionsvertrag auseinandersetzen werden. Der Antrag der LINKEN kommt in dieser Debatte eindeutig zu früh.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir sind eben unsere Zeit immer voraus!)

Man sollte zumindest abwarten, was verhandelt wird, was dann schwarz auf weiß, unterschrieben, abgestimmt und zugestimmt vorgelegt wird.

Ich hätte mir an der einen oder anderen Stelle eine klare Äußerung zur Schulpolitik gewünscht. Wir konnten das eine oder andere in den Medien vernehmen. Da wäre die klare und deutliche Aussage, dass keine Stellen gestrichen werden sollen, in unserem Sinne gewesen. Es war ein großer Schwerpunkt in der Arbeit meiner Fraktion und natürlich auch der beiden Kultusministerinnen, in diesen Bereich verstärkt zu investieren, in deutlichem Umfang Stellen aufzubauen, was natürlich mit einer besseren Qualität der schulischen Arbeit und mit mehr Möglichkeiten an den Schulen verbunden war. Es wäre sehr schade, wenn es an dieser Stelle zu Rückschritten käme.

Meine Fraktion wird den Antrag der LINKEN natürlich nicht mittragen. Wir werden ihn ablehnen. Wir werden uns, wenn der Koalitionsvertrag vorliegt, sehr intensiv mit ihm auseinandersetzen und dann hier im Parlament über ihn eine kritische Debatte führen.

(Beifall bei der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Willkommen in der Opposition!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Finanzminister Dr. Schäfer für die Landesregierung.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn alles gut läuft, trennt Sie jetzt nur noch eine Rede – nämlich meine – von Weihnachten.

Ich komme jetzt in die für einen Finanzminister möglicherweise etwas ungewöhnliche Situation, mit positivem Duktus über Mehrausgaben reden zu müssen, weil in dieser Diskussion die Frage, was vor fast zehn Jahren im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ diskutiert und entschieden worden ist, in Relation zu dem gesetzt werden muss, was wir heute an Ausgaben, an Leistungen des Landes tätigen.

Nehmen Sie beispielsweise den Etat des Sozialministeriums: vor der „Operation sichere Zukunft“ etwas über 80 Millionen € freiwillige Leistungen, danach knapp 30 Millionen € weniger. Heute sind wir im Etat des Sozialministers bei 164 Millionen € freiwilligen Leistungen – mit einem besonderen Schwerpunkt im Bereich frühkindliche Bildung.

Nehmen Sie die Ausgaben für den Schulbereich: von 2008 bis 2013, also in den Haushalten dieser Legislaturperiode, eine Steigerung um 20 %.

(Petra Fuhrmann (SPD): Schuldnerberatung, Erziehungsberatung, Frauenhäuser!)

Nehmen Sie die Ausgaben für die Hochschulen: eine Steigerung um 34 %. Nehmen Sie die Ausgaben für die außeruniversitäre Forschung: eine Steigerung um fast 50 % binnen fünf Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren Erhebliches geleistet, gerade bei den Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb lassen Sie uns nicht rückwärtsgewandte Debatten führen: „Was haben wir vor zehn Jahren für Entscheidungen getroffen?“, sondern lassen Sie uns über die Frage reden, was wir in der nächsten Legislaturperiode für Entscheidungen treffen müssen. Das werden schwierige Entscheidungen werden. Wir werden nicht für alle berechtigten Interessen ausreichende materielle Ressourcen zur Verfügung stellen können, um all das gleichzeitig machen zu können. Wir werden über Prioritäten reden müssen. Wir müssen Dinge nacheinander sortieren: Das ist wichtig, aber ein anderes ist noch wichtiger, sodass wir zuerst das noch Wichtigere finanzieren müssen, bevor wir uns mit der Frage beschäftigen können, ob das auch Gute und Wichtige auch noch realisiert werden kann. – Das werden spannende und interessante Debatten, die man am Ende aber nicht mit den Plattheiten rückwärtsgewandter Pauschalverweise beantworten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb endet dieses Jahr mit einer interessanten Debatte zu Zwischenbilanzen. Das neue Jahr wird beginnen mit einer neuen Konstellation und mit sicherlich hoch spannenden Debatten im Plenum. Darauf freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 26. Ich nehme an, dass abgestimmt werden soll. – Okay. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass der Antrag bei Ablehnung durch CDU und FDP, Enthaltung der Fraktionen von SPD und GRÜNEN und Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/7773 –

Wer diesen Beschlussempfehlungen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung für heute erschöpft. Im Gegensatz zur Auffassung des Herrn Finanzministers muss ich Ihnen noch eine kurze Rede zumuten. Das ist halt so, das ist wie daheim, lieber Thomas. Da hast du auch nicht das letzte Wort, und hier habe ich es bzw. derjenige, der hier oben sitzt.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beenden heute mit dieser Tagesordnung die letzte Plenarsitzung der 18. Wahlperiode. Es ist die zweite Wahlperiode, die fünf Jahre gedauert hat.

Fünf Jahre bedeuten, dass wir 150-mal zusammengekommen sind. Heute ist quasi Jubiläumssitzung. Das heißt, mit dem heutigen Tag 150 Plenarsitzungen.

Fünf Jahre bedeuten, dass wir 281 Gesetze behandelt und davon 199 verabschiedet haben und damit unserer originären Aufgabe als Gesetzgeber nachgekommen sind.

Es gab insgesamt 1.575 Anträge sowie 566 Berichtsanträge und 209 Anträge betreffend Aktuelle Stunden. Es wurden 49 Große Anfragen eingereicht und 2.457 Kleine Anfragen gestellt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Hälfte von Hammann und Kaufmann!)

Es gab 47 Fragestunden und – mit der heutigen – 31 namentliche Abstimmungen.

Der Ältestenrat ist 76-mal zusammengekommen.

(Zurufe: Heute nicht! – Janine Wissler (DIE LINKE): Und der Innenausschuss?)

– Wir haben jetzt nicht differenziert, ob während der Plenarsitzungen, aber 76-mal haben wir getagt.

Es wurden rund 1.000 Ausschusssitzungen abgehalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein in den Fachausschüssen wurden insgesamt fast 2.250 parlamentarische Initiativen behandelt.

In der vergangenen Wahlperiode hatten wir rund 3.500 Landtagsführungen für Bürgerinnen und Bürger, die dieses Haus besucht haben. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber der letzten fünfjährigen Wahlperiode; da hatten wir nur 1.800. Wir haben die Zahl der Führungen quasi verdoppelt.

Bedingt durch die historische Bausubstanz unseres Hauses – hier steht „alte“, aber ich muss „historische“ sagen – muss der Landtag im ehemaligen Stadtschloss immer wieder saniert werden. So wurde in den vergangenen Jahren das Kavalierhaus renoviert. In der neuen Wahlperiode, so hoffen wir, wird es mit dem Schloss weitergehen müssen. Das steht an.

Unsere traditionsreiche Fußballmannschaft des Hessischen Landtags hat sich tapfer geschlagen, sie ist immer ein gutes Aushängeschild. – Wenn man keine Bilanz ziehen will, sagt man es so. Dem Kollegen Lortz besonderen Dank für die Mitteilung der Ergebnisse alldonnerstagsmorgens.

Meine Damen und Herren, am Schluss will ich auch Dank sagen. Ich möchte mich bedanken bei meiner Vizepräsidentin und meinen Vizepräsidenten. Wir haben viel mehr im Konsens gewirkt, als Sie das festgestellt haben oder gemeint haben. Es war vertrauensvoll. Wir haben uns auch manchmal gesagt, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Aber alles in allem waren wir ein gutes Team. Liebe Kollegin, liebe Kollegen, herzlichen Dank dafür.

Darüber hinaus möchte ich mich bei den Fraktionsvorsitzenden und insbesondere bei den parlamentarischen Geschäftsführern bedanken. Dieser Dank ist ganz wichtig. Die meisten draußen wissen nicht, welche hohe Bedeutung die parlamentarischen Geschäftsführer haben. Sie bestimmen eigentlich den Laden hier. Deswegen danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn die Leute mich fragen, was ich alles zu machen hätte, sage ich: Das mache ich gar nicht, das machen die Parlamentarischen. – Es ist auch wichtig, dass klar ist, wer hier im Endeffekt – natürlich zusammen mit mir und dem Präsidium – die Dinge regelt.

Ich möchte mich herzlich bedanken – das gilt für jedes Parlament – bei der Landesregierung. Herr Ministerpräsident, geben Sie das bitte weiter, auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn im Endeffekt muss es getan werden, ob wir alle einer Meinung sind oder nicht. Deswegen herzlichen Dank der Regierung, die dieses Land im Auftrag des Landtags – mehrheitlich oder einstimmig – regiert.

Ich bedanke mich herzlich – das gilt für uns als Parlament insgesamt – bei der Landtagsverwaltung, bei Ihnen, Herr Direktor, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für das, was Sie zu tun haben. Wir sind als Parlament sehr anspruchsvoll gegenüber der Verwaltung, und wir versuchen, das Beste daraus zu machen. Manchmal gelingt es auch nicht. Wenn es manchmal nicht gelingt und das ein bisschen wehtut, bitte ich herzlich um Entschuldigung.

Aber der Mensch ist so gebaut, dass er auch Fehler macht. Im Großen und Ganzen haben wir allen Grund, den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern herzlich zu danken.

(Allgemeiner Beifall)

Wir werden am 17. Januar, am Vorabend der konstituierenden Sitzung – dazu wird Ihnen eine Einladung zugehen –, bei einem Empfang in lockerer, aber doch angemessener Runde unsere Abgeordneten, die den Landtag verlassen, verabschieden. Es sind immerhin 33 Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht wenig.

Lassen Sie mich mit einer Hoffnung schließen. Ich habe zwischen dem Wahltag und dem, was eventuell ansteht, im Hinblick auf eine neue Regierungsbildung, immer wieder gehört, wie friedlich der Hessische Landtag sei. Ich war immer dieser Auffassung, nun haben es auch andere gemerkt. Es verbindet sich damit die Hoffnung, dass die gesamte nächste Legislaturperiode von diesem Geist geprägt ist.

Wenn ich zum Ausklang des Jahres einen Wunsch äußern darf, dann diesen: Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, diesen Eindruck, den wir in den letzten Monaten hinterlassen haben, in der nächsten Periode fortzusetzen. Ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass dies so möglich war.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gute und gesegnete Zeit und ein schönes Weihnachtsfest. Kommen Sie gesund über den Winter und zurück ins Parlament. Denjenigen, die noch zu arbeiten haben, wünsche ich guten Erfolg. Vielen Dank und auf Wiedersehen.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 15:20 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 25)**Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehrrecht zu G 9 auch für die 5. und 6. Klassen – Drucks. 18/7796 –

Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- gefehlt halten	Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- gefehlt halten
Ackermann, Thomas	GRÜNE	x			Lenders, Jürgen	FDP		x	
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x			Lentz, Monne	GRÜNE	x		
Apel, Elisabeth	CDU		x		Lenz, Aloys	CDU		x	
Arnold, Dr. Walter	CDU		x		Lortz, Frank	CDU		x	
Bächle-Scholz, Sabine	CDU		x		Lotz, Heinz	SPD	x		
Banzer, Jürgen	CDU		x		Mack, Daniel	GRÜNE	x		
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU		x		May, Daniel	GRÜNE	x		
Bauer, Alexander	CDU		x		Merz, Gerhard	SPD	x		
Bellino, Holger	CDU		x		Mick, Hans-Christian	FDP		x	
Beuth, Peter	CDU		x		Müller (Kassel), Karin	GRÜNE	x		
Blechschmidt, Dr. Frank	FDP		x		Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x		
Blum, Leif	FDP		x		Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU		x	
Bocklet, Marcus	GRÜNE	x			Müller (Heidenrod), Stefan	FDP		x	
Boddenberg, Michael	CDU		x		Neipp, Karin	CDU		x	
Bouffier, Volker	CDU		x		Noll, Alexander	FDP		x	
Büger, Dr. Mattias	FDP		x		Ooyen, Willi van	LINKE	x		
Cárdenas, Barbara	LINKE	x			Öztürk, Mürvet	GRÜNE	x		
Caspar, Ulrich	CDU		x		Paulus, Jochen	frakt.los			x
Decker, Wolfgang	SPD	x			Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD	x		
Dietz, Klaus	CDU		x		Pentz, Manfred	CDU		x	
Dorn, Angela	GRÜNE			x	Peuser, Helmut	CDU		x	
Döweling, Mario	FDP		x		Posch, Dieter	FDP		x	
Eckert, Tobias	SPD	x			Quanz, Lothar	SPD	x		
Enslin, Ellen	GRÜNE	x			Ravensburg, Claudia	CDU		x	
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x			Reif, Clemens	CDU		x	
Faeser, Nancy	SPD			x	Rentsch, Florian	FDP		x	
Feldmayer, Martina	GRÜNE	x			Reuscher, Wilhelm	FDP		x	
Frankenberger, Uwe	SPD	x			Reuter, Dr. Michael	SPD	x		
Franz, Dieter	SPD	x			Rock, René	FDP		x	
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x			Roth, Ernst-Ewald	SPD	x		
Fuhrmann, Petra	SPD	x			Rudolph, Günter	SPD	x		
Gerling, Alfons	CDU		x		Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x		
Gnadl, Lisa	SPD	x			Schaus, Hermann	LINKE	x		
Greilich, Wolfgang	FDP		x		Schmitt, Norbert	SPD	x		
Gremmels, Timon	SPD	x			Schork, Günter	CDU		x	
Grumbach, Gernot	SPD	x			Schott, Marjana	LINKE	x		
Grüttner, Stefan	CDU		x		Schwarz, Armin	CDU		x	
Habermann, Heike	SPD	x			Seyffardt, Hans-Peter	CDU		x	
Hahn, Jörg-Uwe	FDP		x		Siebel, Michael	SPD	x		
Hammann, Ursula	GRÜNE	x			Spies, Dr. Thomas	SPD	x		
Heidel, Heinrich	FDP		x		Stephan, Peter	CDU		x	
Heinz, Christian	CDU		x		Sürmann, Frank	FDP		x	
Henzler, Dorothea	FDP		x		Tipi, Ismail	CDU		x	
Herr, Dr. Norbert	CDU		x		Utter, Tobias	CDU		x	
Hofmann, Heike	SPD	x			Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x	
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x			Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x		
Honka, Hartmut	CDU		x		Wallmann, Astrid	CDU		x	
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x		Warnecke, Torsten	SPD	x		
Kahl, Reinhard	SPD	x			Waschke, Sabine	SPD	x		
Kartmann, Norbert	CDU		x		Weimar, Karlheinz	CDU		x	
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x			Weiß, Marius	SPD	x		
Klauff-Isselmann, Irmgard	CDU		x		Wiegel, Kurt	CDU		x	
Klee, Horst	CDU		x		Wiesmann, Bettina	CDU		x	
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x		Wilken, Dr. Ulrich	LINKE	x		
Klose, Kai	GRÜNE	x			Wintermeyer, Axel	CDU		x	
Krüger, Fritz-Wilhelm	FDP		x		Wissler, Janine	LINKE	x		
Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x		Wolff, Karin	CDU		x	
Landau, Dirk	CDU		x		Ypsilanti, Andrea	SPD	x		
Lannert, Judith	CDU		x		Zech, Helmut von	FDP		x	